

Eübeder Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Eübeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 6,00, monatlich 2,00 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebengefaltene Zeile oder deren Raum 110 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 100 Pfg., Reklamen 320 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 43.

Freitag, den 20. Februar 1920.

27. Jahrg.

Zur Weltlage.

Nur die wenigsten haben eine klare Vorstellung von dem Verhältnis, das zwischen England und Deutschland vor dem Kriege bestand. Für die meisten war und ist der Engländer der neidische Geißel, der mit scheelen Augen auf den friedlichen, fleißigen, ach so harmlosen Deutschen sah. Nur die wenigsten wissen, daß sich England in den Jahrzehnten vor dem Kriege auf das eifrigste bemüht hat, in freundschaftliche Beziehungen, ja sogar in ein Bündnis mit Deutschland zu treten. Nicht weniger als dreimal hat England ein Bündnisangebot gemacht. Das erstmal allein, das andere Mal mit Japan, und dann mit Amerika als drittem im Bunde. Alle drei Angebote wurden von Deutschland abgelehnt. Dafür wurde bei uns der Kriegsschiffbau in einem Umfang betrieben, der sich nur gegen England richten konnte. Und Wilhelm nannte sich und ließ sich „Admiral des Atlantik“ nennen! Dürfen wir uns da wundern, wenn England nicht so sehr von der Harmlosigkeit Deutschlands überzeugt war, wie wir?

Die Briefe „Wilms“ an „Niki“, den russischen Zaren, geben ja manch interessanten Einblick in die Gründe, die zu dieser Politik geführt haben. Genau so wie in dem heiligen Gedicht „Ein Jüngling liebt ein Mädchen, das hat einen andern erwählt.“, warb England um Deutschland und Deutschland um Rußland! Zwei unglückliche Lieben. Es ist zum Weinen und Lachen zugleich: nur ganz flüchtig erkennt man in diesem politischen Liebeswerben, daß der weltpolitische Gegensatz garnicht Deutschland-England, auch nicht Deutschland-Rußland, sondern England-Rußland hieß.

Deutschland hätte dabei nur die Rolle des lachenden Dritten zu spielen gehabt. Aber selbst für diese Rolle war es zu dumm und ungeschickt. Das Ende vom Lied war: die beiden andern fielen über Deutschland her. Und das Tragischste von allem ist: das neue Deutschland muß nun die Suppe ausessen, die ihm die Schuld des alten Deutschlands, der alten Regierung, eingebracht hat.

Allerdings hatte auch die deutsche Politik diesen englisch-russischen Gegensatz erkannt. Und nicht zuletzt war es wohl die Furcht, in diesen Konflikt mit hineingezogen zu werden, was die ablehnende Haltung gegen die englischen Bündnisangebote bestimmte. Man befürchtete, für England als dessen Bundesgenossen gegen Rußland kämpfen zu müssen — wie es Japan 1904/05 getan hat. Und wieder ist es zum Lachen und Weinen zugleich, daß Deutschland nun doch im Weltkrieg — gegen Rußland gekämpft hat und so wider Willen für Englands Weltmacht und Welt Herrschaft die Waffen führte.

England selbst errang mit dem Weltkrieg — obwohl es in den Wochen vor dem Kriegsausbruch am ehesten von allen Großmächten bemüht war, ihn zu verhüten — einen doppelten Erfolg: es wurde mit dem besiegten Deutschland einen ihm allmählich doch unangenehm werdenden Nebenbuhler los, und sah zugleich seinen eigentlichen Feind und zeitweiligen Bundesgenossen — Rußland — so zerrütet und geschwächt, daß es für die nächsten Jahrzehnte von ihm nichts mehr zu befürchten hat. Rußland konnte nach den Verwüstungen, die es im Weltkrieg erlitten hatte, und nach der Zerkümmern Groß-Rußlands (Losreißung der Ukraine und der Randstaaten) für die nächste Zeit nicht daran denken, seine Pläne auf Konstantinopel oder in Zentralasien zu verwirklichen.

England stand auf der Höhe seiner Macht. So sahien es. Da kam mit der russischen Revolution eine Bewegung hoch, die ihre Wellen weit über die Grenzen Rußlands hinaus schlug. Diese Bewegung, die wir gewöhnlich mit Bolschewismus bezeichnen, ist nun keineswegs das, als was wir sie sehen und so gern sehen möchten: eine Bewegung der industriellen Arbeiterschaft, des Großstadtproletariats, sondern in ihrem Kern eine Bauernbewegung.

Diese Bauernbewegung kann und wird naturgemäß wenig Widerhall in den westlichen Industrieländern finden. Um so mehr aber unter der Bauernbevölkerung Asiens. Wir hatten in den letzten Monaten genug mit uns selbst zu tun und konnten uns wenig um die außereuropäischen Dinge kümmern. Es dürfte aber doch notwendig sein, auch diese ferner liegenden Ereignisse nicht aus den Augen zu verlieren. Ist doch die bolschewistische Propaganda bereits bis Ägypten vorgedrungen, wie ein „Festiva“ zeigt, in dem die Gläubigen vor dem Bolschewismus gewarnt und dessen Anhänger mit Strafen bedroht werden. Nach der Bolschewismus doch bereits an die Tore Indiens! (Auch den englisch-afghanischen Krieg muß man als einen Teil des englischen Kampfes gegen den Bolschewismus betrachten.)

Diese unerwartete und unvorhergesehene Ausbreitung des Bolschewismus, gegen die bisher alle von England angewandten Mittel erfolglos waren, sowie eine große Bewegung, die sich in der gesamten mohammedanischen Welt ankündigt — man beachte die Aufstände in Indien, Ägypten, Persien, Kurdistan, die Kämpfe in Anatolien — das sind die großen Gefahren, die die englische Welt Herrschaft an ihrer Wurzel — nämlich Indien — bedrohen.

Diese Rolle, die der Bolschewismus zu spielen beginnt, kann und darf uns nicht gleichgültig lassen. Sowjet-Rußland darf für uns nicht mehr nur das Schreckgespenst sein, wie bis-

her. Der Riß zwischen den siegreichen Westmächten und dem besiegten Ost- und Mitteleuropa wird immer größer. Wir dürfen nicht länger unsere ganze Zukunft allein auf die Ueberbrückung dieses Risses aufbauen. Wir dürfen auch nicht länger unsere ganze Zukunft auf Hirngespinnsten aufbauen. Und die Internationale, — wie sie heute besteht — ist ein solches Hirngespinnst. Wir haben ja gesehen, wie sich die Arbeiterschaft Englands und Frankreichs für ihre russischen Brüder eingesetzt hat. Es ist bei leeren Protesten geblieben, über die die englischen und französischen Machthaber kalt lächelnd hinwegschritten. Zweifelst einer von uns, daß die Arbeiter Englands und Frankreichs sich nicht zehnmal eher für Rußland, als für Deutschland, einsetzen würden? Daß wir also noch zehnmal weniger von dieser Seite zu erwarten und erhoffen haben, als Rußland? Und daß — wenn die Arbeitermassen der Entente nichts für Rußland tun wollten oder konnten — sie für uns erst recht nicht den kleinen Finger rühren werden? Allen noch so wohlgemeinten Freundschaftsbeteuerungen zum Trotz?

Ob wir wollen oder nicht: wir werden mehr und mehr dazu gedrängt, unsere Blicke nach dem Osten zu richten. Ob wir wollen oder nicht: wir werden dazu gedrängt, uns politisch wie wirtschaftlich mehr auf Rußland zu stützen. Je eher wir das erkennen, und die Wege dazu einschlagen, umso besser für uns.

„Endlich!“ — hören wir den Kommunisten triumphieren — „Haben wir das nicht schon immer gesagt? Wir liefern an Rußland unsere Industrieerzeugnisse, und Rußland an uns dafür Lebensmittel“. Aber das ist ja gerade der große Irrtum der Kommunisten, daß sie glauben, von Rußland heute Lebensmittel erhalten zu können. Rußland wird voraussichtlich auf Jahre hinaus nicht imstande sein, einen Ueberfluß aus seiner Landwirtschaft zu erzielen. Und auch dann wird es nur möglich werden, wenn wir vorher an Rußland Maschinen, Werkzeuge und vor allem landwirtschaftliche Geräte liefern. Dazu ist es aber notwendig, daß wir unsere Industrie-Erzeugung durch angepannteste Arbeit steigern.

Wir dürfen nicht in den Fehler verfallen, von Rußland etwas zu erhoffen, was es uns — wenigstens für die nächste Zeit — nicht zu geben vermag. Es kann sich auch nicht darum handeln, uns von den Westmächten abzuziehen. Sondern wir müssen das eine tun und dürfen das andere nicht lassen.

Ebenso falsch wie der Weg unserer „Kolonialpolitiker“ mit Frankreich besonders enge Fühlung zu nehmen — das würde nur das Mißtrauen Englands wachrufen — ebenso falsch, wie eine besondere Annäherung an England wäre — das würde wiederum Frankreich mißtraulich machen — ebenso falsch wie es jetzt, unsere Politik einzeln und allein auf Rußland einzustellen. Wir sollen und müssen allen Möglichkeiten nachgehen! Dazu gehört aber auch, daß wir uns die Tür nach Rußland nicht selbst verschließen. Wir dürfen unsere Hände nicht immer nur nach Westen austrecken, sondern müssen versuchen, sie auch dem Osten zu reichen. Und das bald! Sonst werden wir auch über diesen Abschnitt unserer politischen Geschichte schreiben können: Zu spät!

Einleitung von Friedensverhandlungen zwischen England und Rußland.

Die „Morning Post“ meldet: O'Grady wurde beauftragt, Friedensverhandlungen mit Sowjet-Rußland einzuleiten. Es verlautet, daß verschiedene Punkte bereits geregelt seien. Die Hauptschwierigkeit sei, daß England die Auflösung der Roten Armee verlange. (?) Venia sei dagegen.

Eine frivole Erfindung.

Aus Holland wird verbreitet, daß eine Haager Zeitung eine angeblich demnächst abzulebende deutsche Note veröffentlicht, worin Deutschland mitteilt, daß es zur Abwehr bestimmter Forderungen der Entente den Staatsbankrott erklären werde. Amlich, wird festgestellt, daß keine derartige deutsche Note existiert, noch je beabsichtigt war und daß es sich lediglich um eine frivole Erfindung handelt.

Die völlige Entwaffnung Deutschlands.

Lu. Paris, 20. Februar. In der Kammerkommission für auswärtige Angelegenheiten, machte Kriegsminister Lefevre Ausführungen über den gegenwärtigen Stand in Deutschland bezüglich der Prüfung und Verfertigung von Kriegsmaterial, der Verminderung der Mannschafbestände, der eventuellen Hilfsquellen und erhaltenen Garantien. Aus dem Exposé des Ministers geht hervor, daß Deutschland die im Verträge unterzeichneten Verpflichtungen zu umgehen versucht, vor allem die militärischen Verpflichtungen, in der Hoffnung, die Anwendung der militärischen Klausel verweigern zu können. Lefevre erklärte, daß die Alliierten mit ganzer Entschiedenheit auf dem Verschwinden aller militärischen Streitkräfte in Deutschland bestehen müßten, die im Verträge nicht vorgeesehen sind. Deutschland verheimliche Kriegsmaterial, mit dem es eine Armee ausrüsten könne. Der Minister schloß seine Darlegungen mit dem Bemerkten, daß die völlige Durchführung des Artikels 211 des Friedensvertrages über die Entwaffnung gefordert werden müsse.

Räte-Rußland und Polen.

Einem Junkspruch aus Moskau zufolge, hat das Zentralkomitee der Sowjetregierung an die polnische Arbeiterschaft erneut einen Gruß gerichtet und den Friedensantrag vom 30. Januar wiederholt.

Ministerpräsident Skulski über das russische Friedensangebot.

Ministerpräsident Skulski erklärte einer Abordnung der polnischen Sozialdemokraten, daß die Antwort der polnischen Regierung auf das Friedensangebot Rußlands wahrscheinlich in der ersten Hälfte des März übermittelt werden dürfte. In gut unterrichteten Kreisen verlautet, daß die polnische Regierung verlangen werde, daß der Frieden ohne vorhergehenden Waffenstillstand geschlossen werde und Rußland die Grenzen Polens vor 1772, also die Dnieprgrenze, grundsätzlich anerkennen müsse, bevor über gewisse territoriale Zugeständnisse verhandelt werden könne.

Die Antrittsbotschaft Deschanel's.

In seiner Botschaft, die Donnerstag in Kammer und Senat vorlesen wurde, sagte Präsident Deschanel u. a.: In der Vereinigung aller siegreichen Völker liege die erste Sicherheit für den Frieden und die Grundlage für die Gesellschaft der Nationen, der der Vertrag von Versailles die Ausführung gewisser grundlegender Bedingungen anvertraut habe. Frankreich wolle die Erfüllung des Versailler Vertrages durch Deutschland. Seine Politik sei Willenskraft und Tatkraft. Auch im Orient müßten seine Interessen und die Rechte einer hundertjährigen Tradition sichergestellt werden. Die Friedensaufgaben seien im Innern nicht weniger schwierig als diejenigen des Krieges. Sie verlangten fortgesetzte Arbeit und vielfach neue Entbehrungen. Jeder müsse nach seinem Können Steuern bezahlen. Die soziale Gesetzgebung sei zu vervollkommen. Die Familie, die Grundlage der Nation, sei zu verteidigen, und Konflikte zwischen Kapital und Arbeit seien zu verhüten. Endlich sei den Arbeitern in Stadt und Land der Weg zu eigenem Besitz zu eröffnen. Der Bevölkerung der besetzten Gebiete habe die wärmste Fürsorge zu gelten. Der Präsident begrüßt Elsaß-Lothringen und denkt der Kolonien, der Aboriginevölker Frankreichs.

Ein Ultimatum der polnischen Sozialisten in Teschen an die Entente.

In einer außerordentlichen Tagung der polnischen sozialistischen Partei des Gebietes von Teschen (Oesterreichisch-Schlesien) wurde folgende Entschliessung angenommen: „Sollte die interalliierte Kommission den Forderungen der polnischen Arbeiterklasse, die am 12. Februar den Delegierten der polnischen Regierung vorgelegt wurden, nicht entsprechen, so wird die polnische sozialistische Partei den Generalstreik proklamieren. Die sozialistische Partei erklärt, vor keinem Mittel des Kampfes, das dem polnischen Volke zur Verfügung steht, zurückzufahren. Der Streik und seine Dauer wird von Distriktauswärtigen gemeinsam mit den Vertretern der Gewerkschaftsorganisationen bestimmt werden.“

Etwas verständiger wird dieses Ultimatum durch folgende Stimmen polnischer Blätter: Der „Dziennik Cieszynski“ erklärt, daß die interalliierte Entente-Kommission den ganzen Freistaat Teschen zu neutralisieren und in Freistadt eine gemischte Bezirkshauptmannschaft für den Bezirk zu errichten beabsichtige. Das Blatt lehnt diese Absicht als einen Angriff auf den polnischen Besitzstand ab und erklärt dies als eine Provokation der polnischen Bevölkerung. „Cwiszka Cieszynski“ greift die interalliierte Abstimmungskommission an, weil sie angeblich ihr Mandat mißbrauche. Interessant ist, so schreibt das Blatt, daß die feindseligste Stellungnahme gegenüber den Polen die französischen Delegierten einnehmen. Der Grund für diese Aktion bestehe darin, daß sich die französischen Diplomaten gegenüber den Teschen verpflichtet hätten, ihnen (Oesterreichisch-)Schlesien auszuliefern. Unter diesen Umständen würden die Polen einer Volksabstimmung nicht beipflichten und lieber mit Gewalt ihre Rechte zu erobern suchen.

Die Adriafrage.

Die Amerikaner verlassen die Adria. Der „Popolo d'Italia“ meldet aus Venedig: Das amerikanische Admiralschiff verließ Venedig und die Adria. Man glaubt, daß auch die seit Abschluß des Waffenstillstandes in Venedig beständigen Torpedobootsjäger die Adria verlassen.

Verhaftung von „Kriegsverbrechern“ im besetzten Gebiet.

Die „Blitzzentrale“ meldet: Trotdem die französische Regierung sich in der Auslieferungsanfrage damit einverstanden erklärte, die Aburteilung der sogenannten Kriegsverbrecher vor dem Kriegsgericht in Leipzig vornehmen zu lassen, wurde am 17. Februar der Ingenieur der Badischen Anilin- und Sodafabrik von J. Hoff wegen angeblicher Kriegsverbrechen von französischen Gendarmen verhaftet. Er wird jedenfalls ebenso wie der Schuchmann Burger aus Oggersheim, der am 11. Februar aus demselben Grunde von den Franzosen verhaftet wurde, nach Lille abtransportiert. Aus dem gleichen Grunde wurden vorher schon fünf andere Personen verhaftet. Damit ist

Jeder frühere Angehörige der deutschen Armee im besetzten Gebiet trotz des eingetretenen Friedenszustandes dauernd in Gefahr wegen sogenannter Kriegsverbrechen vor ein französisches Gericht gestellt zu werden.

Eine neue Revision des Versailler Vertrages.

Die deutsche Heeresstärke.

Der Präsident des Obersten Rates, Lloyd George, über sandte dem deutschen Gesandten in London, Herrn Schamer, die nachfolgende Note:

„Ich habe die Ehre, Ihnen zur Kenntnisnahme an die deutsche Regierung mitzuteilen, daß seitens des Präsidenten der Kontrollkommission in Berlin die Aufmerksamkeit des Obersten Rates der alliierten Mächte auf die schwierige Lage gelenkt wurde, in die die deutsche Regierung gesetzt wird, wenn die alliierten Mächte auf der strikten Erfüllung des Artikels 160 des Versailler Vertrages bestehen, nach welchem die gesamte Effektive Stärke der Truppen in den deutschen Bundesstaaten bis spätestens 31. März 1920 die Zahl von 100 000 Mann (die Offiziere und die Depotunterstützungen eingerechnet) nicht überschreiten darf. Da dieser Artikel in der Annahme entworfen wurde, daß der Versailler Vertrag an einem viel früheren Datum ratifiziert werden würde, hat sich der oberste Rat entschieden, zu gestatten, daß die deutschen Streitkräfte bis zum 10. April 1920, das heißt drei Monate nach dem Inkrafttreten des Vertrages, in Gemäßheit des Artikels 163, auf 200 000 Mann, und bis zum 10. Juli 1920 auf 100 000 Mann zurückgebracht werden. Ich habe die Ehre, Sie zu ersuchen, diese Entscheidung der deutschen Regierung zu übermitteln.“

Einführung des Arbeitszwanges in Estland.

Einem Telegramm aus Helsingfors zufolge hat die estländische Regierung wegen der herrschenden Brennstoffnot befohlen, daß alle Männer zwischen 20 und 55 Jahren, die keine andere Beschäftigung nachweisen können, zum Fällen von Bäumen in den Wäldern zwangsweise einberufen werden sollen. Bisher war es möglich, die notwendigen Arbeitskräfte hierfür auf dem Wege der freiwilligen Meldung zu erlangen.

Die Reichseinkommensteuer.

Ueber die Einrichtung der Einkommensteuer kam es am Donnerstag im Steuerauschuß der Nationalversammlung zu einer Auseinandersetzung zwischen dem Abgeordneten Düwell (Unabh.) und dem Genossen Adolf Braun. Düwell wandte sich gegen die Bestimmungen, daß den Arbeitern in wöchentlichen Raten die Steuer vom Unternehmer abgezogen wird, und erklärte das als eine Ausnahmegestaltung gegen die Arbeiter. Er wünschte die Streichung der betreffenden Bestimmung, ebenso wie der frühere heftige Finanzminister Dr. Becker, der im Namen der Deutschen Volkspartei den Kampf gegen die Steuer geseht führt. Dr. Braun stellte dem unabhängigen Redner gegenüber fest, daß diese Abzüge allen in jenem Gehalt oder Lohn stehenden Personen widerfahren sollen, vom Reichspräsidenten bis zum Dienstmädchen, daß also von einem Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter keineswegs die Rede sein könne, daß es aber technisch unmöglich sei, monatlich oder vierteljährlich die Steuern der Unternehmern, Rentnern, Landräten, also den nicht gegen Lohn oder Gehalt angestellten Personen abzuziehen, daß aber andererseits durch die Feststellungen des Finanzamtes bei den Nachlassenen und durch die hohen Strafen bei der Steuerhinterziehung die Erziehung zur Steuermoral ganz kräftig gefördert werde. Daß die Arbeiter Steuern zahlen müssen, gehe aus den ungeheuren Verpflichtungen des Reiches hervor. Auch die Arbeiter müssen zur Steuermoral erzogen werden. Wir müssen alles für sie wünschen, was irgendwie erreichbar ist. Aber die Arbeiter müssen auch gewöhnt werden, zu erkennen, daß sie zu den Kosten des Reiches, das ihre Interessen vertreten soll, beizutragen haben. Für den Arbeiter sei es eine große Erleichterung, wenn er wöchentlich den 32. Teil seiner Steuern zahlt, statt wie bisher halb- oder vierteljährlich einen großen Betrag auf einmal zahlen zu müssen. Die für die Unternehmer gefährdete Belastung sei nicht so groß. Die Unternehmer hätten heute schon durch Lohnaufschläge eine viel unangenehmere Arbeit als sie auf Grund dieser ganzen Bestimmungen erwachsen würde. Dem Abgeordneten Düwell, der behauptet, daß die „Unabhängigen“ für das Reichsteuernzahler agitierten, diente Braun mit der Bemerkung, daß ihm derartige Reden der „Unabhängigen“ schon öfter in Diskussionen begegnet seien. Darauf bemerkte Düwell, daß das lediglich eine agitatorische Formel sei, wie die alle sozialistische Programmforderung, daß Steuern nur aus den Mehrwertern zu bezahlen seien. Es ist das allerdings eine Programmbestimmung, die nur in dem Exemplar des Erfurter Programms steht, das der „Unabhängige“ Düwell besitzt; sonst steht es in keinem sozialdemokratischen Programm. Die Bestimmung, die der Zehnerauschuß in der ersten Lesung hineingebracht hatte, daß die „Hebernahme der Steuern durch den Arbeitgeber ohne Verrechnung auf den Lohn unzulässig ist und daß entgegenstehende Abmachungen nichtig sind,“ wurde auf Antrag der Sozialdemokraten gestrichen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Partikularisten und Steuerhänge im Bunde gegen die Reichseinheit.

In Kassel hat in den letzten Tagen die erste föderalistische Konferenz stattgefunden, über die der „Frankfurter Zeitung“ folgender Bericht zugeht: Vier Hauptgruppen waren an der Konferenz vertreten, die deutsch-hannoversche Partei, der Hessische Volksbund, die bayerische Partei Dr. Heims und der Rheinische Volksbund des Herrn Dr. Dorn. Daneben hatte sich auch der Schleswig-holsteinische Landbund eingeladen. Im Mittelpunkt der Beratungen stand der Vorschlag eines „hammelschen Gliederungs-Deutschlands“ großer Mühe. Dieser Grundgedanke wird wesentlich von dem Hessischen Volksbund vertreten. Die Interessen der deutsch-hannoverschen Partei dagegen sind letzten Endes dynastisch. Ähnlich wie die Welfen betonen die Sagner die Berechtigung der Teilhabung der jetzigen bayerischen Grenzen, einschließlich der Pfalz, auf Grund der geschichtlich erworbenen Verhältnisse. Auch an-

archische Tendenzen — nicht bezogen auf die Wittelsbacher — liegen ihnen nicht fern. Die Rheinländer verteidigten Dr. Dornens Politik als durchaus national, fanden aber wenig Zutrauen und Entgegenkommen.

Dazu sagt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“: „Im ganzen hat die Konferenz gezeigt, daß es ganz verschiedene Motive sind, die in den einzelnen föderalistischen Gruppen wirken. Die Angabe, daß drei Millionen Wähler hinter diesen Föderalisten stehen, verdient wohl eine ganze Reihe von Fragezeichen. Bis jetzt sind es nur zwei Legationen, die einzig sind, nämlich der Saß gegen Preußen und die Rut gegen die Steuerreform.“

Das wird stimmen.

Die Steigerung der Kohlenförderung.

Wie bekannt ist, fanden kürzlich in Gegenwart des Reichsfinanzlers in Essen zwischen den Gewerkschaften und den Organisationen der Bergarbeiter Verhandlungen über die Steigerung der Kohlenproduktion statt. Dabei ist folgendes Abkommen getroffen worden: Es sollen wöchentlich zwei halbe Ueberhörschichten gefahren werden. Als Entgelt erhält der Untertagearbeiter 100 Prozent, der Ueberstagearbeiter 50 Prozent Zuschlag zu den Schichtlöhnen. Außerdem wird den Bergarbeitern, die Ueberhörschichten leisten, eine Zulage an Lebensmitteln gewährt. Sie erhalten pro Monat und Kopf 12 Kilo Brot und 4 Kilo Fett und zwar zu den Preisen der rationierten Lebensmittel. Das Abkommen tritt am 23. Februar in Kraft und gilt vorläufig auf drei Wochen bis zum 14. März. In etwa 14 Tagen werden neue Verhandlungen über die Verlängerung dieses Abkommens einsehen.

Diese Bereitwilligkeit, die Kohlenproduktion durch Leistung von Ueberhörschichten zu steigern, sichert den Bergarbeitern den Dank des ganzen Volkes.

Ein Teil der mehrgeförderten Kohle wird zur Erfüllung unserer Verpflichtungen aus dem Friedensvertrage verwendet, die übrigen Mengen sollen sowohl der Industrie wie der Landwirtschaft zugute kommen.

Das deutsch-holländische Handelsabkommen.

Das deutsch-holländische Handelsabkommen ist von den beiderseitigen Unterhändlern paraphiert worden. In Holland unterliegt das Abkommen noch der Zustimmung der Kammer. Von parlamentarischer Seite wie von Regierungseite selbst sind in Holland bereits verschiedene Vorschläge wegen Abänderung des Abkommens gemacht worden.

Kleine politische Nachrichten.

Die Nachricht, daß am Mittwoch in der Kabinettsitzung der Plan der Einführung des achtzehnstündigen Arbeitstages erörtert sei, entbehrt, wie amtlich festgestellt wird, jeder Begründung.

Auf Grund des Gesetzes vom 18. Dezember betreffend Kriegsverbrechen und Kriegsvergehen sind, wie das „B. L.“ zu melden weiß, beim Reichsgericht etwa zehn Verfahren bereits anhängig.

Um das Grubenholz den deutschen Zechen zugute kommen zu lassen, hat das Deutsche Reich ein Kohlenholz-Ausfuerverbot erlassen.

Der Reichsrat nahm die Verordnung über die Regelung der Einfuhr an.

Infolge der übergroßen Papiernot der Zeitungen beachtlich das bayerische Finanzministerium für das Jahr 1920 100 000 Stk. Papierholz freihändig an Papier-, Zellstoff- und Holzstoff-Fabriken abzugeben.

Die Wahlen zur Berliner Studentenvertretung hatten folgendes Ergebnis: Wasserring 16, Vertreter der deutschen Gruppe der Deutschnationalen 15, Deutsche Finkenstraße 28, katholischer Ausschuß 3 — 62, Sozialisten 8, deutsche Studenten idyllischen Glaubens 8, deutscher Hochschulbund 10, freie deutsche Gruppe 4 und ungebundene Kriegsteilnehmer 6 Stimmen, paritätische Gruppe 2.

Die aus internationalen und deutschen Mitgliedern zusammengesetzte Kommission zur genaueren Festsetzung der deutsch-belgischen Grenze ist in Köln zusammengetreten.

Der Entente-General Balka hat den Kreistag und den Kreisauschuß von Cuxen aufgelöst. Die Machtbefugnisse dieser beiden Organe gehen vorläufig in die Hände der Besieger über.

Zum Präsidenten der ungarischen Nationalversammlung wurde gewählt Stefan von Rakovsky (Christlich-national), zu Vizepräsidenten Josef Bottlik (Kleine Landwirte) und Alexander Simonyi Semadon (Christlich-national).

Wie das finnische Reiterungsblatt mitteilt, ist der kürzlich verhaftete Kommunistenführer O. W. Kuusinen bei einem Flugüberflug erschossen worden.

Die Herze untersagten Wilson, im Ministerium zu präsidieren.

Frankreich.

Eine Kundgebung für Cailaux.

Die republikanische Vereinigung der Studentenchaft Frankreichs nahm einstimmig folgende Entschlußfassung an: „Die Vereinigung protestiert gegen die Umtriebe in der Presse, welche darauf hinarbeiten, die öffentliche Meinung bezüglich des Ausgangs des Prozesses Cailaux im voraus zu beeinflussen. Die Vereinigung entbietet Cailaux ihre aufrichtigsten Sympathien.“

Holland.

Hollands Beitritt zum Völkerbund.

Die Zweite Kammer hat mit 59 gegen 5 Stimmen den Gesetzentwurf betreffend den Beitritt Hollands zum Völkerbund angenommen.

Der Außenminister erklärte, daß die Zulassung der Mittelmächte nur eine Frage der Zeit sei und daß der Zutritt ganz im Sinne des Völkerbundes liege. Er erklärte auch, daß der Völkerbund bestehen könne, selbst ohne Amerika.

Italien.

Zusammenstöße zwischen Streikenden und Militär.

Auf Zwischenfälle hin, die in den Metallwerken von Rom stattfanden, verurteilte die Polizei die Arbeiter zum Verlassen der Betriebe zu veranlassen. Hierbei ist es zu Zusammenstößen gekommen, wobei es auf beiden Seiten zahlreiche Verwundete gab. Auch in Genua und Piacenza kam es zwischen Streikenden und Militär zu Zusammenstößen.

Ritti und die Adriafrage.

Nachdem Ministerpräsident Ritti mit aller Entschlossenheit erklärt hat, nicht vor der endgültigen Regelung der Adriafrage aus London zurückkehren, wird er kaum vor Mitte März das Parlament wieder eröffnen können.

Die Italiener verstärken ihre Okkupationsarmee.

Die „Times“ meldet aus Cattaro: Die Italiener haben ihre Okkupationsarmee in Dalmatien und Triest abermals verstärkt. In Sebenico trafen 16 000 Mann italienischer Infanterie ein, weitere 6000 Mann Kavallerie werden erwartet.

England.

Die Kosten der Armee.

Die Kosten für die Unterhaltung der britischen Armee im kommenden Finanzjahr werden auf 126 Millionen geschätzt. Der Bestand von 525 000 Offizieren und Mannschaften wird auf 200 000 herabgesetzt.

Vereinigte Staaten.

Die Eisenbahner wollen vor dem Schiedsgericht verhandeln.

Von den vier amerikanischen Eisenbahnerverbänden haben sich drei bereit erklärt, ihre Forderungen einem Schiedsgericht zu unterbreiten. Der vierte Verband ist trotz Ablehnung eines solchen Kompromisses nicht abgeneigt, den geplanten Streik zu verschieben.

Bürgerschaftsleistung für Getreidelieferungen.

Der Berliner Korrespondent der „Basler Nachrichten“ erfährt aus diplomatischer Quelle, daß die amerikanische Regierung sich entschlossen hat, den amerikanischen Getreideproduzenten gegenüber die Verpflichtung zu übernehmen, im Falle von Getreidelieferungen nach Deutschland dafür Garantie zu leisten, daß Deutschland die amerikanischen Lieferungen bezahlen wird.

Argentinien.

Verbot der Getreideausfuhr.

Eine Meldung aus Buenos Aires besagt, daß die argentinische Regierung die Ausfuhr von Getreide jeder Art verboten habe. Jedoch sollen die in Verladung begriffenen Getreidemengen noch ausgeliefert werden können.

Aus dem Freistaat Lübeck.

Freitag, 20. Februar.

Der Kampf im Holzgewerbe zu Lübeck beendet.

In den am 19. Februar unter Leitung des Herrn Rat Dr. Zink stattgefundenen Verhandlungen ist es gelungen, eine Einigung zu erzielen, so daß am heutigen Freitag die Arbeit im Holzgewerbe wieder aufgenommen werden konnte. Die Ortsverwaltung des Holzarbeiterverbandes Lübeck.

Eine neue Landgemeindeordnung.

Soll Lübeck nun endlich erhalten. Immer und immer wieder hat die Sozialdemokratie sie gefordert und ihrem Drängen ist es wohl in erster Linie zuzuschreiben, wenn der Senat jetzt eine diesbezügliche Vorlage der Bürgerschaft entgegenbringt. Die alte gegenwärtig noch geltende, Landgemeindeordnung macht, wie das in der vorevolutionären Zeit nach bürgerlicher Auffassung natürlich war, die weniger Bemittelten und Besitzlosen minderen Rechts. Sie hat die Handhabe dazu, daß Sozialdemokraten und andere mißliebige Personen von dem Amt des Gemeindevorstehers ausgeschlossen werden konnten. Man erinnert sich wohl noch, wie unter Genosse Meyer in Moisling, jetzt Mitglied der Bürgerschaft, mehrfach gewählt wurde, aber nie sein Amt antreten konnte, weil ihm die erforderliche Bestätigung verweigert blieb. Der vorgelegte Entwurf der neuen Landgemeindeordnung räumt damit auf. In Zukunft sollen alle 20jährigen reichsangehörigen Männer und Frauen auch zum Gemeinderat wählen können. Die Wahl erfolgt nach den Grundfähren der Verhältniswahl. Auch an eine Steuerleistung ist das Wahlrecht nicht gebunden. Von einer zwangsweisen Zusammenlegung verschiedener Gemeinden zu einer größeren ist infolge der ungenügenden Schwierigkeiten abgesehen worden, doch ist die Möglichkeit einer solchen Zusammenlegung offen gelassen. Die Zahl der Gemeinderatsmitglieder ist von der Einwohnerzahl der Gemeinden abhängig. Die Bestätigung der Wahl des Gemeindevorstehers, die mit der Selbstverwaltung nicht zu vereinbaren wäre, ist beseitigt worden. So agiert die Vorlage des Senates den Geist einer neuen Zeit, die leider erst nach dem Zusammenbruch Deutschlands während wurde.

Der Entwurf der umfangreichen Landgemeinde-Ordnung ist im Stadt- und Landamt ausgearbeitet worden. Im allgemeinen hat der Senat ihm zugestimmt, nur in folgenden Punkten verlangt er Abänderungen: 1. § 15 Abs. 1 des vom Stadt- und Landamt vorgelegten Entwurfs lautete: „Wählbar zum Gemeindevorsteher ist jedes zum Gemeinderatsmitglied wählbare Gemeindevorsteher (§ 10 Abs. 4), das die lübeckische Staatsangehörigkeit besitzt und seit mindestens drei Jahren in der Gemeinde wohnt.“ Nach Ansicht des Senates kann von dem Erfordernis der lübeckischen Staatsangehörigkeit für die Wählbarkeit zum Gemeindevorsteher abgesehen werden; der Besitz der deutschen Reichsangehörigkeit (§ 10 Abs. 2 und 4) erscheint ausreichend. Ebenso wird eine nur zweijährige Dauer des Wohnsitzes in der Gemeinde genügen. 2. § 16 Abs. 1 des Entwurfs lautete: „Die Wahl des Gemeindevorstehers unterliegt der Bestätigung durch die Aufsichtsbehörde, die jedoch nur unter Angabe von Gründen verweigert werden kann.“ Wird die Bestätigung verweigert, so ist eine erneute Wahl vorzunehmen, bei welcher der Nichtbestätigte nicht wiedergewählt werden darf. Entsprechendes gilt, wenn ein Gemeindevorsteher sich als unfähig zur Ausübung seines Amtes erweist und auf Antrag des Gemeinderats von der Aufsichtsbehörde seines Amtes enthoben wird.“ Der Senat hält dafür, daß im allgemeinen von der Bestätigung der Wahl durch die Aufsichtsbehörde abgesehen werden kann; dagegen wird für den Fall, daß ein Gemeindevorsteher sich als unfähig zur Ausübung seines Amtes erweist, der Aufsichtsbehörde die Befugnis einzuräumen sein, ihn seines Amtes zu entheben und zwar mit der Maßgabe, daß er bei der alsdann vorzunehmenden erneuten Wahl nicht wieder gewählt werden darf. Der Entwurf der Landgemeindeordnung ist entsprechend geändert. Am Mittwoch sollte der Bürgerauschuß in die Beratung eintreten. Auf Antrag von Dr. Wittern hat der Bürgerauschuß die Verhandlung der Vorlage und der damit verbundenen Nebengesetze wie Wahlordnung und Nachtrag zur Wegeordnung bis zur nächsten Versammlung ausgesetzt.

„Kriegsende“ und „Friedensschluß“.

Die Auslegung der Rechtsbegriffe.

Durch eine Verordnung der Reichsregierung wird bestimmt, daß als Zeitpunkt des Friedensschlusses der Beendigung des gegenwärtigen Krieges im Sinne rechtsgeschäftlicher Erklärungen im Zweifel der 10. Januar 1920 anzusehen ist. Ist aus dem Inhalt der Erklärung oder aus den Umständen zu entnehmen, daß der Friedensschluß oder die Beendigung des Krieges mit einer Macht maßgebend sein soll, die den Friedensvertrag am 10. Januar 1920 noch nicht ratifiziert hat, so tritt an die Stelle dieses Tages der Tag der Niederlegung der Ratifikationsurkunde dieser Macht, oder falls eine Ratifikationsurkunde nicht niedergelegt wird, der Tag, mit dem der Krieg mit dieser Macht für beendet erklärt wird.

Der Bürgerauschuß stimmte am Mittwoch folgenden Senatsanträgen zu: Landverkauf in Schluß an den Privatmann Heinrich Westphal, Landverkauf an den Bauunternehmer Trisk, hier, mit einem Vorbehalt, Vergütung an den Landgerichtsrat Dr. Hertz für Wahrnehmung von Vertretungen beim Oberversteigerungsamt. — Zur Mitgenehmigung durch die Bürgerschaft wurden empfohlen: 200 000 Mk. für die Grundwasserreinigung Lübeds; Bauungspläne für die Pauerhöfstraße für eine Sied-

lung an der Gärtnerstraße, für eine Siedlung zwischen Dornbreite und Landgraben in Krensdorf, bei Karlsdorf, an der Brandenburger Landstraße, in Schlump, Herrichtung von Gräberfeldern auf dem Borwerter Friedhof, für die 17500 Mt. angefordert werden; Erwerb von Jagdrevieren und deren Umzug zu Kleinwohnungen; Festsetzung und Feuerungszulagen bei der kaufmännischen Fortbildungsschule. Die Beratung über die Vorlage: Erlass einer neuen Landgemeinordnung wurde vertagt. Die Anträge H. G. S. betr. Schäden an der Privatfährte sowie S. H. M. betr. Abbau der Vorhölzer gelangten an den Senat, letzterer in abgeänderter Form. Der Antrag W. O. L. betr. Aufhebung des Weges von der Schönböden Dorfkraße bis zur Steinrader Landstraße, sowie eine Eingabe des Transportarbeiterverbandes wegen Zulassung der Schlepplöcherer zur Lössenprüfung wurden einer Kommission, zwei andere Eingaben dem Prüfungsausschuss einer Kommission überwiesen. Dem Senat überwiesen wurden ferner die Eingaben des Wüthener Mittelschulvereins wegen Mitrechnung der pensionsfähigen Funktionszulage in die Erhöhung der Beamtenbezüge und der Aufstufungsbeamten der Strafanstalt Rauerhof und des Marktsozialwissenschaftlers, um Verleihung in die Klasse der Schulleute des Beamtenbesoldungsetats.

Scheidemanns „Schloß“ einrichtung macht der alldeutschen Presse ungemein viel Sorgen, mehr als unlerem Genossen selbst. Wenn irgendwo ein Standbild heraufbegehrt wird, dann kann man gewiß sein, daß auch der „General-Anzeiger“ mitwirkt, wie ja überhaupt diese „unabhängige“ Presse eine Vorliebe für die schäblichste Agitation der kapitalistischen und sozialistischen Kreise kundgibt. Die Aufmachung der Sache gegen Scheidemann besorgt das Korrespondenzbureau Schweder & Hartzsch, das in der Kriegszeit an der Spitze der Schwadronen stand. Wir haben bereits am Dienstag die alldeutsche Heftmethode in diesem speziellen Falle zurückgemietet und beschränken uns deshalb auf die Feststellung, daß der „General-Anzeiger“ den Kohl am Donnerstag abends aufs neue aufwärmt. Die ganze Aufmachung zeigt von weiter nichts als von der Liebe zum Standbild, den man heutzutage gegen sozialdemokratische Führer mit besonderer Vorliebe ins Werk setzt. Man spekuliert eben darauf, daß von jedem Standbild doch etwas hängen bleibt. Und dies ist der Zweck des Ganzen.

Zur Reichstagsbewegung im Bankgewerbe. Der Allgemeine Verband der deutschen Bankbeamten, Gau Nordwest-Deutschland, veranstaltet am Sonntag, dem 22. Februar 1920, vormittags 10 Uhr, in den Zentralhallen, Dantewegstraße 20, eine öffentliche Bankangestelltenversammlung, in welcher der Gauleiter, Herr Kollerhoff, über das Thema „Am den Reichstags“ sprechen wird. Nach dem Vortrag findet freie Aussprache statt. Angesichts der großen Bedeutung der Tariffrage für die Bankangestellten darf mit einem starken Besuch der Versammlung gerechnet werden.

Vorgeschichte Münzprägungen — und doch Mangel an Kleingeld. Die Prägungen im Januar waren auf dieselben drei Münzsorten beschränkt wie in den vorangegangenen Monaten. Von Aluminium 50 Pf., Silber 10 Pf. wurden im Januar rund 6,7 Millionen Stück für 340.870 Mt. hergestellt (gegen durchschnittlich 2,4 Millionen Mark in den beiden Vormonaten). Es wurden ferner geprägt für 1.754.788 Mt. Silber 10 Pf., Silber 5 Pf., rund 300.000 Mt. mehr als im Dezember und für 1.010.856 Mt. Eisen 5 Pf. (gegen 650.000 Mt. im Durchschnitt der beiden Vormonate). An Nickel 1 Pf. sind nunmehr zur Ausprägung gelangt rund 111 Millionen Mark, davon 67 Millionen Mark Eisenmünzen, 44 Millionen Mark Zinkmünzen. Die Gesamtprägung bis Ende Januar 1920 nach Abzug der wieder eingezogenen Stücke hat betragen an Goldmünzen 8.155.840.320 Mt., an Silbermünzen 1.081.829.647 Mt., an Nickelmünzen 100.311.231,55 Mt., an Eisenmünzen 66.698.500,05 Mt., an Zinkmünzen 44.242.104,80 Mt., an Kupfermünzen 25.102.612,76 Mt., an Aluminiummünzen 9.105.153,61 Mt.

Ueber den Untergang der Motorjagd „Alice“, wobei 3 Personen den Tod fanden, wurde heute in einer Sitzung des Seesamtes verhandelt. Die Nacht, die mit 4 Personen besetzt war, fuhr von Travemünde nach Kopenhagen. Der Führer des Bootes, Herr Streng, besah das zur Führung nötige Besatzungszeugnis. Auf dem Rückwege von Dänemark nach Travemünde trat plötzlich Unruhe auf. Die See wurde unruhig. Eine Woge schlug in den Motor, die Führung verlor, das Schiff konnte nicht weiterfahren. Mit einer Hupe wurden Notsignale gegeben, worauf das Vorpostenboot „Admiral Scherer“ zur Hilfe kam. Der Führer dieses Bootes erklärte sich bereit die Nacht nach Warnemünde zu schleppen. Beim Anschleppen schlug die Nacht, die quer zum Schiff lag, hin und her und kenterte. Alle Insassen fielen ins Wasser. Nur Herr Streng konnte sich durch Schwimmen retten und wurde von einem ausgelegten Boote des Schleppschiffes aufgenommen. Von den übrigen drei Personen, dem Lebensmittelhändler Meißner, dessen Laufbursche und Herrn Wessel, war trotz aller Bemühungen nichts zu entdecken. Die vorhandenen Rettungsgeräte waren nicht angelegt worden. Der Reichskommissar führte die Ursache des Unterganges hauptsächlich auf das schlechte Wetter zurück. Möglich sei auch, daß das durch Aufbruch überlastete Boot zu heftig angeschleppt worden sei und ferner das Steuer im Moment des Anschleppens nicht richtig bedient worden sei. Dem Führer treffe aber keine Schuld. Der Urteilspruch ging dahin, daß die einschlagende See hauptsächlich den Unfall verschuldet habe. Dem Führer der Nacht treffe kein Verschulden. Ob beim Anschleppen oder sonst ein Verschulden vorliege, könne nicht mit Bestimmtheit festgestellt werden.

Volkschule. Am Sonnabend, dem 21. ds. Mts., abends 8 Uhr wird Hr. Dr. Görnemann im Gesellschafter des Johannes über das Thema: „Französische Volks- und Gesellschaft“ sprechen. Die Grundlagen des Vortrages bilden eine Prüfung der völkischen und geistigen Eigenart der französischen Nation. (Für Hörer der Volkschule unentgeltlich; der rote Hörerausweis ist vorzulegen. Für Nicht Hörer 1 Mt.)

Aufgehobene Konzepte der Arbeitervereine. Der Reichsfinanzminister veröffentlicht eine Verfügung, nach der es nicht mehr zulässig ist, daß Arbeiter- und Soldatenräte freie Volkstungen mit dem Vortragsvermerk der Behörden oder mit dem Vermerk „Heeresangelegenheiten“ oder „Vortragspflichtige Dienstangelegenheiten“ zur Verbindung bringen.

Konkursverfahren. Ueber das Vermögen des Apothekers Robert Martin Stahn in Lübeck, jetzt in Bornstedt b. Potsdam wechhaft, wurde am 19. Februar das Konkursverfahren eröffnet. Der Rechtsanwalt Beyersowitz in Lübeck wird zum Konkursverwalter ernannt.

Santa-Theater. Sonnabend wird im Santa-Theater zum ersten Male „Graf Hadenichts“, eine der lustigsten Operetten der Gegenwart von Koen und Buchbinder, Musik von Georg Winterberg, dem Verfasser von „Polnische Wirtschaft“ u. a., gegeben.

Zeitverbreitung. Geheimfachliche Festgenommen wurde ein in der Königstraße wohnhafter Führermeister, der zusammen mit noch drei weiteren in Blankensee wohnhaften Männern dortselbst eine Kuh geschlachtet hatten, die einem in Blankensee wohnhaften Landwirt gestohlen war. Das Fleisch konnte beschlagnahmt und dem Landesverwaltungsamt zugeführt werden. Ein Langfinger. Festgenommen wurde ein 20jähriger Heizer aus Stettin, der die Gelegenheit benutzte, als er auf kurze Zeit in der Gaststube einer Wirtschaft in der Böttcherstraße allein gelassen war, aus der Kasse des Geschäftsführers 205 Mark zu nehmen. Das Geld konnte dem Diebe wieder abgenommen werden. Der Festgenommene ist bereits wegen Diebstahls verurteilt. — Fahr rad diebstahl. Ermittelt und festgenommen wurde ein Zimmermann aus Schiersee, der einem in Schönböden wohnhaften Landwirte ein Fahrrad und einen Uffler gestohlen hatte. Das Diebesgut konnte wieder herbeigeschafft und dem Eigentümer zurückgegeben werden. — Festgenommen wurde ein Seemann aus Polzahn, der von einem im tiefen Hafen liegenden Kahn verschiedene Schiffsausrüstungen gestohlen hatte. — Unfälle. —

händler. Festgenommen wurden zwei in Borwerk wohnhafte Produktenhändler und ein dortselbst in der Bogenstraße wohnhafter Arbeiter. Die Produktenhändler hatten von einem bei den Borwerker Wiesen liegenden Bagger gestohlen war. Daß das Eisen nur von Diebstählen herrühren konnte, mußten die Produktenhändler sich den Umständen nach sagen. Sie bürzten sich deswegen wegen gewerbsmäßiger Hehlerlei zu verantworten haben. Auch der festgenommene Arbeiter hatte sich an den Diebstählen beteiligt und das Diebesgut an die Produktenhändler verkauft. — Einbrecher. Aus einem Schuppen in der oberen Dornestraße sind in der Nacht zum 17. ds. Mts. Messingplatten im Gewicht von 40 Kgr. mittels Einbruchs gestohlen worden. Als Täter wurde ein in der Dornestraße wohnhafter Schlosser ermittelt, der die Platten für 210 Mt. an einen in der Dornestraße wohnhaften Metallhändler verkaufte. Gegen den Metallhändler ist Anzeige wegen Hehlerlei vorgelegt. — Fahr rad diebstahl. Am 18. ds. Mts. abends gegen 7 Uhr, ist von dem Korridor eines Hauses in der Johannisstraße ein Fahrrad, Marke Panzer, mit der Fahritnummer 70626 und dem vom Polizeiamt gestellten Nummernschildern 13092 gestohlen worden. Das Fahrrad hat schwarzen Rahmen und gelbe Felgen, die mit schwarzen Strichen abgesetzt sind. Die Lenkstange ist nach vorn gebogen. — Hühnerdiebstahl. In der Nacht zum 18. ds. Mts. sind einem auf dem Herderplatz wohnhaften Rentner 6 italienische Hühner, zwei ebenfalls Hähne und zwei schwarze Hühner aus seinem Stalle gestohlen worden. Die Tiere sind von den Dieben an Ort und Stelle aberschlagen worden. — Diebstahl. In letzter Zeit treibt hier ein Dieb kein Anwesen, dessen Spezialität es ist, Weirohre aus den Aborten von Wirtschaften usw. abzuholen und zu kehlen. Vor dem Ankauf dieser Weirohre wird gewarnt. — Sackdiebstahl. Wie berichtet, sind vor einiger Zeit in Borwerk 400 den Schwartauer Honigwerken gehörige Säcke gestohlen worden. Zur Berichtigung wird bemerkt, daß sie nicht wie angenommen, aus der dortigen Dampfwäscherei, sondern aus einer in der Nachbarschaft der Wäscherei stehenden, den Honigwerken gehörigen Scheune gestohlen sind. — Wasche Diebstahl. Ermittelt und festgenommen sind zwei Knechte aus Jarrentin bzw. Hornsdorf, die aus dem Hause eines in Tramm wohnhaften Fuhrers einen Koffer mit dieser Wasche usw. im Werte von über 1200 Mt. gestohlen hatten. Den Koffer hatten die Diebe in einer Feldscheune unter Stroh versteckt. Ein Teil der gestohlenen Sachen konnte dem Eigentümer wieder zurückgegeben werden.

Angrenzende Gebiete.

Hamburg. Reichswehrminister Roste sprach am Mittwoch vor 3000 Delegierten, Vertrauensleuten und Betriebsräten der Hamburger Sozialdemokratie. Er bekannte sich zu seinem Tun auf des Reiches verantwortungsvollem Posten, zur alten Fahne der Sozialdemokratie und betonte, daß alles, was er tat und tun wird, dem reinen und besten Willen entspringt, zu wirken am Wohle des deutschen Volkes und der deutschen Arbeiterklasse. In fast zweistündiger Rede sollte Roste ein Bild ab von der Entwicklung der deutschen Verhältnisse seit der Revolution, gab eine erschütternde Darstellung von der wirtschaftlichen Not, in der wir stehen und von der keiner sagen könne, ob sie uns überhaupt noch einmal bessere Zeiten werde erbliden lassen. Und dann sprach er von sich, dem als „Massenmörder“ beschrieenen und von dem tragischen Schicksal, das uns heute zwingt, das zu tun, wogegen wir in früheren Zeiten so oft rebelliert haben. In langen, sachlich erschlappenden Ausführungen rechtfertigte er, oft stürmisch von Beifall unterbrochen, die heutige Politik der Regierung und sagte manches Neue und Interessante über sein eigenes Gebiet, den Aufbau der republikanischen Wehrmacht. Seine Aufforderung, geschlossen hinter der Regierung zu stehen, fand den lebendigen Wiederhall in der sozialdemokratischen Vertreterschaft Hamburgs. Eine Diskussion wurde unter dem unbestrittenen Eindruck des Abends nicht gewagt.

Hamburg. „Der Pranger“ verboten. Mit Zustimmung des Regierungskommissars hat der Garnisonstele das weitere Erscheinen der Zeitung „Der Pranger“ verboten. Das „Echo“, das für gerechte Behandlung und Vertretung sowie staatsseitigen Schutz der Prostituierten eintritt, schreibt zu dem Verbot: Dieses Blatt, „Der Pranger“, hat in gerader und standhafter Weise die besten schmutzigen Dinge ins Volk getragen, hat bewußt auf die niedrigsten Triebe eingewirkt. Der leitende politische Redakteur des hiesigen unabhängigen Blattes hat durch seine Artikel, die er in dem Organ schrieb, diesen Eindruck nicht verwischen können. Im Gegenteil eine geradezu brutale Bestimmung spricht aus dem, was er da schreibt. Das Verbot ist ohne weiteres gerechtfertigt, mit menschlich erstrebenswerten Zielen, mit sozialistisch-kommunistischer Gesinnung hat, was in diesem Verdessen stand, nichts gemein.

Hamburg. Selbstmord eines Schulmädchens. Aus Furcht vor Strafe entfernte sich die 10jährige Wally Sch. aus der Wohnung der Eltern in der Markmannstraße. Passanten der Oberhafenbrücke haben gesehen, daß ein unbekanntes Schulmädchen in selbstmörderischer Absicht in den Oberhafenkanal gesprungen ist. Es muß angenommen werden, daß es sich um die vermählte Wally Sch. handelt.

Hamburg. Einen neuartigen Gaunertrieb führte ein Elektrotechniker aus, der die Bekanntheit junger, aufstrebender Mädchen suchte und sich diesen gegenüber für ein Mitglied der „Entente-Kommision“ ausgab. Er verabredete mit den jungen Damen weitere Zusammenkünfte und ließ sich als Pfand, daß sie auch wirklich wieder zum Stehbein erscheinen würden, Schmuckgegenstände, als goldene Ringe, Brillantringe, Medaillons usw. aushängen. Wenn die jungen Mädchen dann erschienen, warteten sie vergeblich auf ihren Verehrer. Eine der Geprüelten sah den Schwindler beim Hauptbahnhof zufällig wieder und ließ ihn verhaften.

Hamburg. Wiedereröffnung der Eisenbahnwerkstätten. Die geschlossenen Eisenbahnwerkstätten in Harburg werden Freitag wieder eröffnet. Die durchgehende achtstündige Arbeitszeit wurde festgesetzt.

Kiel. Vorübergehender Streik in der Kieler Reichswerft. Die Angestellten der Kieler Reichswerft traten Mittwoch vormittag in den Streik. Sie forderten eine 15prozentige Feuerungszulage, die den Beamten bereits gewährt worden ist. Die Direktion erklärte sich bereit, vorläufig einen Zuschuß in der genannten Höhe zu geben, ohne damit jedoch eine Berechtigung der Forderung anzuerkennen. Damit nehmen die Angestellten ihre Tätigkeit wieder auf.

Mensburg. Ein Gerichtshof gegen Deutsche in Nord Schleswig. Die internationale Kommission hat einen besonderen Gerichtshof gebildet, der in erster und letzter Instanz zuständig ist für Vergehen oder Aufreizung gegen die von der internationalen Kommission und der Polizeibehörde erlassenen Bestimmungen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe.

Kensbüttel. Der drohende Landarbeiterstreik im Kreis Kensbüttel ist durch die Vermittlung des Landrats abgewendet worden. Vom Landrat wurde eine Entschädigung vorgelegt, nach der den verheirateten Arbeitern ein Zuschuß von 100 und den unverheirateten ein solcher von 50 Mt. bewilligt werden soll. Die erste Hälfte soll bei der nächsten Lohnzahlung, die zweite Hälfte Mitte März fällig sein. Die Vertreter der Arbeiter erklärten sich zur Annahme dieser Entschädigung bereit. Die Vertreter der Arbeitnehmer gaben die Erklärung ab, mit allen Mitteln dafür zu sorgen, daß die Arbeiten im allgemeinen in der Landwirtschaft vermindert werden und ein Streik im Kreis Kensbüttel vermieden wird.

Sadersleben. Kommunistiche Agitation. Die hiesige kommunistische Partei verteilte unter die französischen Besatzung revolutionäre Schriften in französischer Sprache. In diesen wurden die Soldaten aufgefordert, sich gegen die Vorgesetzten aufzulehnen und mit den Kommunisten gemeinsame Sache zu

machen. Drei Kommunisten wurden verhaftet. Bei vorgenommenen Hausdurchsuchungen wurde eine Unmenge aus Hamburg stammender Flugchriften beschlagnahmt.

Karmen. Eine glückliche Gemeinde. In der Gemeindevorstellung machte der Vorsitzende bekannt, daß durch den Verkauf des Gutes Berne der Gemeinde ein Betrag an Wertzuwachssteuer zugeflossen wird, der das Doppelte der ganzen vorjährigen Gemeindesteuern ausmacht. Der Vorstand hat deshalb von Anträgen auf Steuererhebung für dieses Vierteljahr abgesehen.

Theater und Musik.

Das fünfte Volkskonzert, das Donnerstag abend im „Kolosseum“ stattfand, hatte weit besser besucht sein können; die Darbietungen hatten es verdient, noch viel mehr aufmerksame Hörer zu finden. Für das Konzert hatte sich in dankenswerter Weise der Lehrergesangsverein samt seinem Chorleiter Karl Mannsack zu Verfügung gestellt, um das Programm zu wiederholen, mit dem er jüngst in einem eigenen Konzerte an die Öffentlichkeit getreten war. Die Chorlieder fanden wieder lebhaften Beifall bei allen Zuhörern. Als Solist wirkte Helmut Seiler vom Stadttheater mit, der mit seiner wohlgesungenen und quillenden Baritonstimme Lieder von Brahms und Hugo Wolf sowie zwei Balladen von Karl Löwe zum Vortrag brachte. Die dramatische Färbung der Balladen sagte ihm besser zu, als die reine Musik. Das Publikum zeichnete den beliebten jungen Sänger durch starken Beifall aus. Aber hört ihr Leute und laßt euch sagen: wenn ihr schon Beifall spenden wollt, dann wartet gefälligst erst hübsch ab, bis der letzte Ton des begleitenden Flügels verklungen ist, sonst fehlt der Schlußstrich. Und wenn ihr schon die Programme wenden müßt, um den Text zu vorzulesen: dann, bitte, macht es ein bißchen weniger geräuschvoll. Und schließlich noch eins: solange gelungen und konzertiert wird, haltet eure Klappermäntel; ihr hört sonst eure Nachbarn. In einem Volkskonzert muß es erst recht nach Strich und Feder zugehen.

Neueste Nachrichten.

Die Beantwortung der Entente Note.

II. Berlin, 20. Februar. Die deutsche Regierung wird die Note der Alliierten über die Bestrafung der Kriegsschuldigen mit einer ausführlichen Note beantworten. Die Antwortnote dürfte aber, wie das „B. L.“ hört, erst abgefaßt werden, wenn die Nationalversammlung sich mit den Vorlagen, die ihr zu dieser Frage zugehen und a. a. auch die bestehenden Amnestieverordnungen betreffen werden, befaßt haben wird. Wahrscheinlich werden diese für die Einleitung des Verfahrens vor dem Reichsgericht notwendigen Vorlagen der Nationalversammlung möglichst nach ihrem Wiederzusammentritt am 24. ds. Mts. zugehen und dann auch ohne Verzögerung zur Erledigung gelangen.

Revolution in Sibirien.

II. Berlin, 20. Februar. Wie ein Moskauer Funkpruch meldet, ist nach Berichten von der Ostfront in Bladiwoskoi und anderen Orten die Revolution ausgebrochen. Es hat sich eine provisorische Regierung gebildet, die für ein Bündnis mit Sowjet-Rußland eintritt. Fast die ganze Küste des Stillen Ozeans ist in den Händen der Revolutionäre.

Die Verschickung der deutschen Silbergedes.

II. Saarbrücken, 20. Februar. Glücklicherweise wird die Verschickung des deutschen Silbergedes, sei es in den Eisenbahnzügen auf der Strecke Frankfurt-Strasbourg oder in der Umgegend von Köln, durch die Wachsamkeit der Polizei verhindert. Zahlreiche Schieber beiderlei Geschlechts sind mit Säcken Silbergedes abgefängt worden.

Die Regierungskommission für das Saarbecken.

II. Saarbrücken, 20. Februar. Die Regierungskommission für das Saarbecken wird, gutem Vernehmen nach, ihre Tätigkeit am 1. März aufnehmen. In diesem Tage übergibt der französische General Wirbel die oberste Verwaltung an die Regierungskommission und behält nur noch den Oberbefehl über die Besatzungstruppen. Alle Verordnungen werden vom 1. März ab von dem Präsidenten des Rats der Regierung, dem französischen Staatsrat Kautz, gerichtet. Das belgische Mitglied der Regierungskommission, Major (Kommandant) Campers, war mehrere Jahre Militärgesandtschaft in Peking. Infolge einer an der Ober erhaltenen Verwundung ist sein linker Arm steif geworden. Er war zuletzt zwei Jahre Militärattache in Paris. Der Vertreter des neutralen Dänemarks im Ratsrat, Graf von Wallte-Sjöström, war früher der Attache bei der dänischen Gesandtschaft in Berlin und hat sich während seines Berliner Aufenthalts mit einer Deutschen verheiratet.

Teilweise Aufhebung der Rationierung.

II. Zürich, 20. Februar. Die schweizerischen Rationierungskarten für Käse, Zucker und Milch werden noch im Laufe des kommenden Monats aufgehoben werden.

Frankreichs Furcht vor Deutschland.

II. Genf, 20. Februar. Kriegsminister Poincaré bezieht sich in der Kammerkommission für auswärtige Angelegenheiten auch über Verträge Deutschlands, die Bestimmungen des Friedensvertrages zu umgehen. Krupp habe eine Fabrik in Holland gegründet. Andere deutsche Kriegsmaterialfabriken seien in Schweden und Norwegen entstanden. Die französische Untersuchungskommission habe in der Umgegend von Köln eine Fabrik entdeckt in der Dynamit, angeblich zu landwirtschaftlichen Zwecken, hergestellt wird. Deutschland behalte so viel wie möglich Leute der alten Armee im Dienst. Bei der Reichswehr seien 300.000 Mann eingekleidet, obwohl es im Augenblick nur 200.000 Mann sein dürften. Es habe Freiwillige aus und stelle außerordentlich zu stehende Cadres der Sicherheitspolizei auf. Es mache keine Einwurde, daß eine Nationalgarde, die sich aus Männern zusammensetzt, die den Krieg mitgemacht haben. Deutschland jahre lang heute das anzuwenden, was vor 113 Jahren Preußen nach Jena angewandt habe.

Eintritt Dänemarks in den Völkerbund.

II. Kopenhagen, 20. Februar. Im Kollektiv wurde Mittwoch der Eintritt Dänemarks in den Völkerbund debattiert. Trotz der von allen Seiten geäußerten Bedenken, die Neutralität könne durch den Völkerbund gefährdet werden, wurde der Vorstoß der Regierung zum Eintritt angenommen.

Der Anschluß Schwedens an den Völkerbund.

II. Stockholm, 20. Februar. Der schwedische Reichstag behandelte Mittwoch abend den Vorstoß der Regierung über den Anschluß Schwedens an den Völkerbund. Die Regierungspartei, Liberale und Sozialisten, sprachen sich dafür aus, die Konservativen machten Bedenken geltend. Nur die Christsozialisten und einige Liberale dagegen. Der Anschluß dürfte mit großer Mehrheit beschloffen werden. Der bevorstehende Regierungswechsel wird erst nach der Erledigung dieser Frage erfolgen.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. Verleger: Dr. Schwarz, Druck: Friedr. Meyer & Co. Gedruckt in Lübeck.

Ausgabe von Streichhölzern.

Dem Sonnabend, dem 21., bis einschließlich Mittwoch, den 25. d. M., können auf den Abschnitt 205 der Warenliste des Lebensmittelkartenheftes und auf die Lebensmittelkarte (Abschnitt 205)

je 2 Schachteln Streichhölzer zum Preise von 13 Pfg. für eine Schachtel verabschiedet und entnommen werden. Zumbekämpfung wird auf Grund der bestehenden Besetze bestraft. Die Streichhölzer sind in folgenden Geschäften erhältlich:

Zentrale Stadt:

- Bandow, H., Lützenhagen 82
- Bockmann, Heinr., Engelsgrube 51
- Hegasse, Gebr., Sandstraße 22
- Deutschmann, Marg., Gfengrube 9
- Grammersdorf, W., Fleischhauerstraße 89
- Hartwig, Ludw., Oberstraße 8
- Henk, Ernst, Mühlentstraße 80
- Hering, B. W., Negidienstraße 89
- John, Wilhelm, Schüsselbuden 9/5
- Klempau, H., Stavenstraße 25
- Lohse, Heinr., Johannisstraße 65
- Meins, Heinr., Danntmarktstraße 80
- Menges, H., Wartesgrube 20
- Kooper, L., Königstraße 75
- Schwedt, Franz, Große Burgstraße 29/37
- Speck, Ed., Süßstraße 80/82
- Tropkau, Otto, Fleischhauerstraße 11
- Trostener, Fr., Mühlentstraße 87
- Volksstädt, Fr., Beckergrube 55
- Wichmann, Ad., Beckergrube 88
- Wiegals, Ludw., Fischergrube 60
- Zoll, Wilhelm, Kleine Burgstraße 14

Burgtor.

- Babs, H. W., Gertrudenstraße 17
- Bäsen, Reinh., Armitstraße 1 a
- Eisermann, Fr., Gneisenaustraße 6
- Hack, Rich., Kottwischstraße 89
- Müller, Fr., Marktstraße 80
- Welcher, Ludw., Lange Reihe 2 a

Südtor.

- Bähnek, Otto, Friedenstraße 76
- Böschmann, W., Lindenstraße 55
- Flaskämper, W., Wisbystraße 31
- Fromm, Rud., Fadenburger Allee 25
- Hempel, W., Hansstraße 33 a
- Jäncke, H., Greveradenstraße 9
- Karnatz, Hans, Moisinger Allee 2
- Leich, Wilh., Schwartauer Allee 223
- Möller, Wilh., Moisinger Allee 57 a
- Pötsch, Otto, Moisinger Allee 18
- Schicko, Otto, Fadenburger Allee 70
- Schmachten, Carl, Adlerstraße 41 c
- Schröder, Heinr., Meierstraße 45
- Schröder, Johann, Ziegstraße 14
- Schwarke, Herm., Karosfenstraße 11 a
- Thomsen, Fr., Vorderstraße 12
- Wier, Heinr. J., Schwartauer Allee 31
- Wieder, Ida, Finkenstraße 3

Südtor.

- Brinker, Rudolf, Südtor-Allee 5
- Finke, Emil, Spillerstraße 5
- Markwardt, Paul, Sendigstraße 18
- Petersen, Joh., Worterstraße 13 a
- Wanzenberg, W., Falkenwiese 10

Mühlentor.

- Hegasse, Gebr., Uhlendstraße 7
- Bunk, Herm., Kronsforder Allee 51
- Grigull, G., Rahlhorststraße 1 c
- Storm, Heinr., Bäderstraße 11/13
- Wrich, Chr., Geninerstraße 83
- Wier, J. G., Kronsforder Allee 12 a
- Wills, Carl, Elmwigstraße 82

Eingemeindete Orte.

- Blamer, Gottfr., Gein
- Gajm, Fr., Gein
- Wegmann, Hermann, Gein
- Wegmann, Hermann, Gein
- Wegmann, Hermann, Gein
- Wegmann, Hermann, Gein
- Wegmann, Hermann, Gein
- Wegmann, Hermann, Gein
- Wegmann, Hermann, Gein
- Wegmann, Hermann, Gein

Konsumverein in allen Verkaufsstellen und bei sämtlichen Kolonialwarenhändlern in den Lübeckischen Enklaven.

Die gesammelten Abschnitte sind von den Kleinhandlern auf Altbogen aufgelegt unter Beifügung einer Abrechnung bis spätestens Sonnabend, den 28. d. Mts., der Nachmittagsmittel-Bereitungsstelle, Breite Straße 65, I., Zimmer 1, einzureichen.

Lübeck, den 19. Februar 1920. (18266)

Das Landesverorgungsamt.

Der vierte Teilbetrag der Einkommensteuer

für das Jahr 1919/20 ist von den Steuerpflichtigen, die im Besitze eines Steuerzettels für die Vorländer St. Jürgen u. St. Gertrud sowie für die eingemeindeten Gebiete und die Landbezirke sind, in der Zeit vom 11. bis 20. Febr. d. J. der Vermögensteuerbeschlusses der gesetzlichen Gebühr zu entrichten. (18248)

Die Befreiung des Wohnortes eines Steuerpflichtigen aus der Stadt in eine Vorstadt oder einen Landbezirk hat ungescheit hat eine Änderung der im Steuerzettel angegebenen Zahltermine nicht zur Folge.

Lübeck, den 12. Febr. 1920. Die Steuerbehörde.

Ballgesellschaft.

Sonnabend, den 21. Febr., abends 8 Uhr im Lokale des Herrn Hugo Dorendorf, Krummesse. Hierzu ladet freundlich ein Der Vorstand.

J. H. Bein

Am Markt 12, Breite Straße 64.

Beste Bergmasche für erhaltene Mannschuhen - Spezialmasche für Bettler, Bettlerinnen und Damen - Herren- u. Damen-Gürtel - Arbeiter- und Berufsbedeckung.

Güllberg Holtenauer Beine Krüge zum Selbstwaschen. Brauerei 18246

Aug. Jansen Sandstraße 6.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen.

Sitz Berlin. Ortsgruppe Lübeck.

Morgen Sonnabend, den 21. Februar:

Gross. Ball

verbunden mit Kappenfest u. großen Überraschungen in den Zentral-Hallen.

Anfang 6 Uhr. 18274
Eintritt für Mitglieder an der Abendkasse gegen Vorzeigen der Mitgliedskarte.
Herren 1.50 Mk., Damen 1.00 Mk.

Morgen Sonnabend, 21. Febr.:

Grosser Gärtnerball

verbunden mit Kappenfest, großer Karnevalstrube im Konzerthaus Lübeck.

Anfang 6 1/2 Uhr. 18249 Künstlerkapelle Sulanke.

Deutscher Landarbeiter-Verband, Ortsgruppe Krummesse.

Am Sonnabend, dem 28. Februar 1920:

Großer Landarbeiterball

im Lokale des Herrn Hugo Dorendorf, Krummesse. Hierzu ladet freundlich ein Der Vorstand.

Spartklub „Zur feuchten Ede“.

Grosser Ball

am Sonnabend, dem 21. Februar, im Lokale „Friedrichshof“ Kassenöffnung 6 1/2 Uhr. Anfang 7 Uhr. Eintritt für Herren 2 Mk., für Damen 1 Mk. Das Komitee. 18276

Louisenlust

Morgen Sonnabend, d. 21. Febr.:

Grosser Ball

vom Pfeifenklub „Buchentaub“.

Anfang 6 Uhr. (18280) Der Vorstand.

Zur Heptenblüte

Morgen Sonnabend:

Grosser Lumpenabend

mit beifolgendem Tanz. Hierzu ladet freundlich ein Der Vorstand.

Hierzu ladet freundlich ein Der Vorstand.

Blutwagen

8-8 Jtr. Tragkraft Karl Schulmerich, 18214 Mühlentstr. 28.

Blumen-Karstat

Preiswertes Geschenkartikel künstliche u. frische Blumen - Trauerkränze - Glöckchenstraße 44 (Ecke Lützenhagen) (18252)

Achtung! Raucher!

Qualitäts-Zigarren Ca. 10 verschiedene Sorten 18278

Gar. reine Tabake: Paket 3.00, 3.20 usw. Raby Gout Stück 50 Pfg. Echter Nordhäuser: Rolle 1.50. Schokoladen sehr preiswert.

Willy Hauschild, Zünshausen 31.

Rathsfeldsches Pulver Stoffwechselförderndes Blutreinigungspulver seit alterher erprobt und mit Erfolg angewandt bei Gicht und Rheuma, Magenverdaunungsbeschwerden, Nieren- und Blasenleiden, Flechten- und Hautunreinlichkeiten, Hautjucken, Gämorrhoiden und Leberleiden.

Schachtel 4.- Mk. Versand: Grüne Apotheke, Erfurt. 18272

Praktischer Wegweiser

Vollerts Reisebüro Lübeck T 8868 Nordische Verkehrs-Zentrale

Heinrich Waller

Breitestrasse 60 Herrenschneiderei, Krawatten, Unterzeuge Hüte, Schirme usw.

Franz Schütt

Lebendige Blumen, Rosen, Tulpen, Gladiolen, Orchideen, etc.

Das größte u. modernste Lichtspiel-Theater am Platz

216 20.-26. Februar 1920:

Der Tempelräuber.

Schauspiel in 6 Akten. Verfasser und Spielleiter: Heinz Karl Helland
In den Hauptrollen: Harry Liedtke, Bruno Decarti.

Mit dem Schicksal veröhnt.

Drama in 4 Akten.
Nach dem Roman von K. Anzengraber.

Die Briefe der schönen Klothilde

Lichtspiel.
Aufführungszeiten: 4-7 Uhr und 7-10 Uhr. 18284

FLEDERMAUS

Kabarett-Diele Zünshausen 17/19
Abendlich 8 bis 12 Uhr: (18271)

Hadges und Biller,

das berühmte Tanzpaar

LABERO

das Welträsel

Paul Przyhillak
der Weltmeister auf Rollschuhen

Und die übrigen 7 Attraktionen des grandiosen Februar-Programmes!

2 Orchester: Dirig. H. Elvers u. W. Schwenk.

4-Uhr-TEE Auftreten der Künstler bei freiem Eintritt.

Spar-Klub „Fortuna“

(Restaurant Heinr. Fedder, Gudenstraße).

Gr. Maskenball

verbunden mit Kappenfest (18247)
im Gewerkschaftshaus
am Sonnabend, dem 21. Februar d. J.
Kassenöffnung 6 Uhr.
Masken und Kappen in reicher Auswahl vorrätig.
Hierzu ladet freundlich ein Der Vorstand.

Arbeiter-Gesang-Verein St. Jürgen

Großes Kappenfest

im Lokal „Weisser Engel“
Sonnabend, den 21. Februar 1920.
Anfang 7 Uhr. (18261) Das Komitee.

Theater-Verein „Freiheit“.

Großer Ball

am Sonnabend, dem 21. Februar
im Konzerthaus „Flora“
Anfang 6 1/2 Uhr. (18267) Ende ? ? ?

Jeder trinkt Lübecker Bürgerbräu
Aktienbrauerei Lübeck.

Wilhelm Rahfoth
Unterstraße 112. Telefon 687.
vorteilhafte Bezugsquelle von diversen Weinen u. Spirituosen

Ratzburger Aktien-Brauerei

Trinkt Lübecker Vereins-Bräu

Schellbrauerei
Lübeck, Marktstr. 11

Zigarrenhandlungen
Höfstraße 2
Ecke Schüsselbuden

Zentralverband der Angestellten

Ortsgruppe Lübeck.
Fachgruppe „Handel“.

Versammlung

am Montag, dem 23. Februar
abends 7 1/2 Uhr,
im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses.
Tagesordnung:
Ausscheidung des Sachis und
Beipredung von Gehaltsfragen. (18257)
Erscheinen aller Mitglieder
der dringend erforderlich.

Sonntag, dem 22. Februar
Gr. Preisfest.
Anfang 3 1/2 Uhr. (18285)
Johs. Groth,
Kottwischstraße 16.

Hansa-Theater

Freitag:
Die Faschinsfee.
Sonnabend:
Zum ersten Male.
Graf Habenichts.
Operette v. R. Winterberg.
Sonntag, nachm. 3 Uhr
Hänsel u. Gretel

Stadttheater Lübeck

Freitag, den 20. Februar:
21. Vorstellung im Freitag-
Abonnement:
Anfang 7 Uhr.
Einmaliges Gastspiel von
Adolf Trimbörn vom Carl-
Schulze-Theater in Hamburg.

Traviata.

Oper in vier Akten
von G. Verdi.
Alfred: Adolf Trimbörn
als Gast.

Sonnabend, den 21. Febr.:

Der Graf von Luxemburg.

Sonntag, den 22. Februar:
Anfang 11 Uhr
Preise der Plätze Mk. 2.15,
1.15 und 65 Pfg.

Tanzvorstellung: Neue Tänze.
Anfang 3 Uhr.
Veranstaltung der Pfad-
findstehen Volksgill.

Wrack.

Anfang 7 Uhr.
Der Freischütz.

Die neue Geißel der Menschheit.

Von dem Berliner Arzt und Pazifisten Dr. Erich Schlegelinger wird der „Berl. Volksztg.“ geschrieben:
„Der Dichter Karl Kraus erlebte seine Visionen in den Jahren des Weltkrieges. Der Mord an Millionen, Heuchelei und Phrasen bedeuteten ihm die letzten Tage der Menschheit. Sie waren die vorletzten; die letzten sind angebrochen, seit der Frieden von Versailles der sterbenden Welt als letzte Delung verabreicht wurde.“

Vor mir liegt der Bericht des Majors Ernest Lederny, Delegierten des Internationalen Roten Kreuzes in Genf, betitelt: „Die sanitären Verhältnisse in der Ukraine“. Die Begriffe Leiden und Sterben fallen für die Menschen des Krieges unter die Rubrik täglichen Erlebens, und sind durch ständige Gewöhnung abgebraucht. Aber, was in dem nüchternen Bericht Ledernys steht, ist nichts weniger als das graufige Bild von Millionen Menschen, die unrettbar dem Tode verfallen sind, wenn nicht baldige Hilfe kommt.

In Padolien, unter einer Bevölkerung von 4 1/2 Millionen, also der gleichen Zahl, wie sie die Schweiz aufweist, erkrankten im Oktober 1919 60 000 Menschen an Fleckfieber, 80 000 an Rückfallfieber. Inzwischen haben sich die Verhältnisse noch wesentlich verschlimmert. Die Nachrichten, die aus Estland, Südpolen, Galizien zu uns gelangen, besagen das gleiche. Die Ärzte stehen den todtbringenden Seuchen ratlos gegenüber, es fehlt alles, aber auch alles für eine erfolgreiche Bekämpfung der Seuchen an sich, fast alles, um die Qualen der einzelnen Erkrankten zu lindern. Keine Arzneimittel, keine Desinfizienzien, nicht einmal Thermometer, um die Körperwärme zu messen, von Stärkungsmitteln, die die schwindende Körperkraft zu erhalten, ganz zu schweigen. Was wir aus Sowjetrußland hören, spärliche Berichte, die nur auf Umwegen zu uns gelangen, ergänzen das düstere Bild aus den Randstaaten. Englische und amerikanische Quäter, mutige Befehrer werktätiger Menschenliebe, haben Rußland bereist und versucht zu helfen, wo sie konnten. Ein Tropfen auf den heißen Stein!

Zimmerlin geben ihre Erzählungen einen annähernden Begriff von der furchterlichen Lage von 100 Millionen Menschen. Das Fleckfieber fordert zahllose Opfer, Rückfallfieber und Unterleibstypus wüten unter der von Entbehrungen geschwächten Bevölkerung, schon zeigt sich hier und da die orientalische Pest, der schwarze Tod des Mittelalters. Wir lernen in der Schule, daß die Segnungen der Kultur diese Geißel der Menschheit für immer aus Europa verbannt hätten. Unsere Kinder werden es anders lernen! Rußland ist völlig von Medikamenten entblößt. Schwere Operationen müssen ohne Narkose ausgeführt werden, Kranken und Sterbenden bleibt die Wohlthat der Morphiuminjektion versagt, und der apokalyptische Reiter mäht sich verzweifelt neigende Häupter.

Der ruhige Bürger Westeuropas ist bislang durch den Neid des gequälten Ostens nicht aus seiner Ruhe gerissen worden. Die Privatgeschäfte einflussreicher Politiker, abgehandelte Schnüffel nach der Schuld am und im Kriege füllten seine Interessensphäre und leidet auch die der verantwortlichen Führer der Völker. Ist der Völkerbund mehr als ein Phantastengebilde, geboren aus dem Hirn eines kranken Geistesprofessors, dann ist hier seine erste und vornehmste Aufgabe. Ich will nicht Gefühlsstone anklagen lassen, nicht von der moralischen Pflicht des einzelnen sprechen, für die Not des anderen einzutreten; mir dergleichen verbrauchtem Sentimentalitätsplunder lockt man keinen Hund hinter den Ofen hervor. Hier handelt es sich nicht nur darum, dem kranken Osten beizuspringen — was ist uns Rußland! — hier handelt es sich um das elementarste Gebot des Selbstschutzes. Was heute in Rußland geschieht, kann, wird sicherlich morgen das Schicksal Westeuropas sein. Versteht sich, Rußland ist abgesperrt. Grenzsperrren haben aber noch nie die Ausbreitung einer Seuche gehindert.

Es ist ein offenes Geheimnis, daß jetzt schon Tausende russischer Staatsangehöriger sich in Berlin aufhalten, die niemals eine Grenzüberwachungsstelle passiert, nie einen richtigen Paß besessen haben. Unter den Augen der Behörden spielt sich der Verkehr mit dem Baltikum ab. Dort herrscht das Fleckfieber, und bei fast allen in Berlin beobachteten Fällen der Krankheit konnte ein Zusammenhang mit baltischen Einwanderern festgestellt werden. Der Boden für das Entstehen und Umsichgreifen einer Epidemie ist in Deutschland mehr als günstig. Das Fleckfieber wird nur durch die Kleiderlaus übertragen, und die Verlausung der großstädtischen Bevölkerung ist eine ungeheure. Nicht viel besser ist es auf dem Lande. Man höre die ständigen Klagen der Schulärzte, man begreife die Unmöglichkeit,

das Uebel an der Wurzel zu fassen! Zwar besitzt Groß-Berlin eine ausreichende Anzahl gut eingerichteter Entlausungsanstalten, die allen Erfordernissen durchaus gewachsen sind. Die Schwierigkeit liegt hier nicht an technischer Unvollkommenheit, sondern an der Indolenz der Bevölkerung, die von der Größe der Gefahr, trotz unermüdlicher Aufklärungsarbeit seitens der Sanitätsbehörden, immer noch keinen annähernden Begriff hat.

So liegen die Verhältnisse, und jeder Einsichtige muß sich sagen: tua res agitur, hier handelt es sich um Gesundheit und Leben deiner eigenen werten Persönlichkeit. Abwarten, bis der Völkerbund oder irgend eine andere internationale Organisation sich der Sache, die ja schließlich die Sache der gesamten europäischer Menschheit ist, annimmt, wäre Torheit. Die Erfahrungen, die wir bezüglich der Entlausfähigkeit dieser Instanzen gemacht haben, lassen keine Hoffnung zu. Aber es gibt noch eine andere bessere Möglichkeit zu schneller Hilfe. Deutschlands chemische Industrie arbeitet trotz der Schädigung durch den Krieg vorzüglich. Die für den Osten nötigen Arzneimittel, Desinfizienzien und Apparate sind vorrätig und können sofort geliefert werden. Wir verfügen in Deutschland über große Erfahrungen in der Bekämpfung des Fleckfiebers und der anderen Seuchen mit einfachen Mitteln. Nötig ist nur die Entsendung einer Expedition von einigen Chemikern und Technikern, die mit der Arbeit vertraut sind und das erforderliche Material mit sich führen. Das übrige Arbeitspersonal, das für die großen Arbeiten, die die Sanierung eines riesigen Reiches bietet, nötig ist, kann in ganz kurzer Zeit an Ort und Stelle ausgebildet werden. In Berlin haben wir mit Leuten aus dem Arbeitsnachweis gearbeitet, die nach wenigen Stunden mit allem nötigen vertraut waren. Die Geldmittel für die Expedition und die Chemikalien müssen aufgebracht werden. Am Geldpunkt darf eine Aktion, die furchtbares Leid mildern, noch größeres abzuwenden soll, nicht scheitern.

Es war Deutschlands Schicksal, jahrelang Krieg in Feindesland führen zu müssen. Die Maßnahmen der Militärbehörden, mögen sie berechtigt gewesen sein oder nicht, haben die Wut gegen alles, was deutsch ist, emporkochen lassen und ständig geschürt. Ein groß angelegtes deutsches Hilfswerk kann den Haß in Freundschaft verwandeln und den lang verhärteten Quell menschlichen Empfindens wieder spritzen lassen.

Wie das Berliner Blatt noch mitteilen kann, steht der von Dr. Schlegelinger vertretene Plan der Entsendung einer Hilfs- und Studienkommission nach dem Osten erfreulicherweise bereits vor der Verwirklichung.

Französische „Kultur“-Taten.

In welcher unglaublicher Weise mancherorts französische Truppen während der Besetzung auf das Kriegsrecht des Siegers und Eroberers gepöht und mit deutschem Eigentum geschaltet und gewaltet haben, davon kann das Schloß Braunschardt bei Darmstadt ein Lied singen. Eine Nachricht, die der „Frankfurter Zeitung“ über den Zustand des Schlosses zugegangen war, klang so unerhört, daß die Zeitung ein Redaktionsmitglied an Ort und Stelle gesandt hat, aus dessen nunmehr vorliegender Erzählung folgendes herauszuheben ist:

Die ganze kostbare Einrichtung des Schlosses ist, soweit sie nicht fortgeschleppt wurde, mehr oder weniger ein Trümmerhaufen. Die Möbel, Schränke, Tische und Stühle sind zumeist zertrümmert. Den Ledersesseln ist das Leder abgegeschnitten, aus eingelegten Tischen sind die Einlagen ausgebrochen worden. Die meisten Bilder von Kunstwert sind verschwunden, ebenso alle Antiquitäten. Sämtliche Vorhänge und Stoffe wurden entfernt. Glasvasen und alles Silberzeug ist entweder zertrümmert oder weggeschleppt worden, ebenso sind alle Kleider- und Wäschechränke geleert. Am schlimmsten ist der Bibliothek mitgespielt worden. Das Schloß hatte kurz vor dem Kriege der bekannte Privatgelehrte und Schriftsteller Professor von Bamberg erworben. In der Bibliothek befanden sich Werke, durch deren Verlust der Schriftsteller und Privatgelehrte in seiner ganzen Lebensarbeit geschädigt worden ist. Sämtliche Ausgaben deutscher Klassiker, zahlreiche Erstausgaben historischer Gesamtwerke, Prachtbände sind zerrissen und abgelebert worden. Aus Kunstwerken sind Bilder herausgerissen worden. Professor von Bamberg schätzt seinen Verlust an Büchern auf etwa 30 000 Bände. Es ist zum Weinen, wie in einem Zimmer ganze Stöße kostbarer und geschmackvoll gebundener Bücher durch ein schändliches Dach — die Beschädigung war durch die Anbringung einer Tricolore verursacht — vom Regen durchnäßt und völlig verrottet sind.

In einem Schlusswort bemerkt die „Frankfurter Zeitung“ zutreffend: „Es gilt einzig und allein die Tatsache festzuhalten, daß hier von Mitgliedern einer Nation, die offiziell und Deutschland gegenüber von moralischer Entrüstung trieb, nach Aufhören des Kriegszustandes Dinge verübt worden sind, für die es einfach keine Entschuldigung gibt.“

Aus dem Freistaat Lübeck.

Freitag, 20. Februar.

Der Sonne entgegen.

Und soll' der Eilen ganzes Heer
Im Sonnenlicht erblinden,
Noch sendet sie ihr Strahlenmeer,
Das weite Weltall um sich her
Mit Leben zu entzünden.

Doch steh, wie sanft sich in der Luft
Die Nebel rings zerstreuen!
Sie läßt den Eulen ihre Kluff,
Dem Maulwurf seine düst're Gruft
Und will mit Licht erfreuen.

So laß, wenn deine Flammen glühn,
Nicht schrecken sie, nicht toben!
Laß, wer da fliehen will, entfliehn!
Was blühen kann, wird durch sie blühn
Und dich als Sonne loben.

Herber.

Die neuen Fahrpreise.

Mit dem 1. März erhöhen sich die Fahrpreise auf den Elbenahnen um 100 Prozent. Hiernach betragen die Einheitsfähre, einschließlich Reichsteuer, für ein Kilometer: 54,0 Pfg. in der 1. Klasse, 24,0 in der 2. Klasse, 14,8 Pfg. in der 3. Klasse, 9,0 Pfg. in der 4. Klasse; 1,3 Pfg. für Militär (wie bisher), 7,6 Pfg. für Dunde.

Die Entfernung von Lübeck bis Hamburg beträgt 84 Kilometer. Eine Bahnfahrt nach Hamburg kostet also in Zukunft in der 1. Klasse 34,60 Mk., in der 2. Klasse 15,40 Mk., in der 3. Klasse 9,50 Mk., in der 4. Klasse 5,80 Mk., für Militär 0,85 Mk. und für einen Hund 4,90 Mk. Bei Benutzung von Schnellzügen werden noch folgende Zuschläge erhoben:

	1. u. 2. Klasse.	3. Klasse.
Zone I für 1—75 Kilometer . . .	6,00 Mk.	3,00 Mk.
Zone II für 76—150 Kilometer . . .	12,00	6,00
Zone III über 150 Kilometer . . .	18,00	9,00
Windeschutzfahrpreise für Schnellzüge: 1. Klasse 51,00 Mk., 2. Klasse 30,00 Mk., 3. Klasse 15,00 Mk. Das Neuen ist also in Zukunft ein teurer Spaß.		

Lebenswichtige Betriebe. Der Militärbefehlshaber erläßt eine Bekanntmachung, in der auf Grund der Ausnahmezustandsverordnung gewarnt wird, gegen lebenswichtige Betriebe durch Streiks bezw. Agitation für den Streik stillzulegen oder Stilllegung zu verhindern. Im Bereich des Wehrkreises II, zu dem die Provinz Schleswig-Holstein, die Hansestädte, sowie Mecklenburg und Pommern gehört, ist die Landwirtschaft als lebenswichtiger Betrieb im Sinne der Ausnahmezustandsverordnung des Reichspräsidenten erklärt worden.

Uferlose Papiersteigerung. Auf dem Papiermarkt ist wilde Haulerei. Die Regierung hat den Preis für Zeitungspapier, das im Frieden 20 Pfg. das Kilo kostete, auf 2,05 Mk. festgelegt. Selbst für diesen Preis erklären sich die Papierfabriken außerstande, Druckpapier zu liefern. Wehrlich, nur noch trauer, liegen die Verhältnisse bei dem Papier für illustrierte Blätter, das im Frieden 25 bis 30 Pfg. kostete und jetzt kaum für 4 Mk. das Kilo zu haben ist. So muß z. B. die bekannte „Berliner Illustrierte Zeitung“ ihren Preis von 30 auf fünfzig Pfennig hinaufsetzen.

Arbeiterbildungsbesprechungen. Wir machen auch an dieser Stelle auf den am Sonnabend, dem 21. Februar im Gewerkschaftshaus stattfindenden Vortrag des Genossen Planthaser aufmerksam, der über das Thema: Einführung in das Verständnis graphischer Kunstwerke (Holzschnitt, Radierung und Steinzeichnung) sprechen wird. Proben werden gezeigt.

Hochofenwerk Lübeck-Büchener Portland-Zementfabrik. Der „Eisenbahn-Ztg.“ wird geschrieben: Die Schwierigkeiten der Lübecker Portland-Zementfabrik, welche in der letzten Bilanz Lübeck in einem Verlustvortrag von 326 000 Mark ihren Ausbruch finden, haben das Werk veranlaßt sich auf einen kräftigeren Konzern zu stützen. Infolgedessen sind die gesamten Betriebsanlagen Lübeck auf eine Reihe von Jahren an das Hochofenwerk Lübeck, Akt.-Ges., verpachtet worden. Lübeck unternimmt den Betrieb der Düngemittelwerke, so-

Christian und Lea.

Eine Erzählung von Leopold Komperdt.

17 Fortsetzung.

„Ja, mein guter Mann!“ rief sie, gegen die Kammertür gewandt, „du sollst bald wieder deine Ruhe haben. Du sollst deinen Schwur nicht zu brechen haben.“

Und als Christian sie verwundert ansah, sagte sie kurz und bestimmt:

„Du kannst nicht in der Stube bleiben, Christian! Geh' hinaus und leh' dich draußen auf die Bank unter dem Nußbaum. — Ich will in einiger Zeit zu dir hinauskommen, und dann wollen wir miteinander reden.“

„Darf ich mit ihm gehen?“ fragte Lea.

„Ja, mein Kind, du darfst —“ sagte sie nach einigem Ueberlegen.

Jetzt war sie allein! Erst schlich sie auf den Zehen an die Tür der Kammer und lauschte. Sie konnte die Atemzüge des ruhig schlummernden deutlich vernehmen. Dann setzte sie sich an den Tisch in den alten Lehnstuhl, löschte das Licht aus und sah nun da, der Nacht und ihrem Sinnen hingegeben allein, ganz allein! Was in ihr vorging? Wer wollte sich erkünnen, dem Gedankenleben dieser einsamen Menschenseele auf den Grund zu sehen, deren Wehe nur dem Auge des allwaltenden Weltgeistes offenbar vorlag? Da sitzt Sarah, die einfältige Frau eines Gemeinbedieners in einer stillen häuslichen „Gasse“, aber das, was sie denkt, ist mit Flammenzeichen in die Geschichte des Menschentums eingetragen, Blut und wieder Blut bezeichnet seine Bahn, und der letzte Atemzug gemordeter und zu Tod gehetzter Geschlechter weht sie an. Lichtere Zeiten und Menschen dämmerten vor ihr auf, sie schätzte aber den Kopf und wehrte sie mit der Hand ab. Sie sind noch nicht da — Blütenkelche öffneten sich, die bis dahin verschlossen waren, aber die Menschen schritten noch hinweg über sie . . .

Dann erhob sie sich wieder und zündete die Kerze an. War auch ihrer Seele das Licht aufgegangen? Dann lauschte sie noch einmal an der Schlafkammer ihres Mannes und schlich hierauf unhörbar zur Stube hinaus.

Draußen auf der Bank unter dem Baume saßen die zwei, Christian und Lea. Sie vernahmten es kaum, daß die Mutter vor ihnen stand. Sarah setzte sich an das eine Ende der Bank. Rings herum waltete tiefe, schweigende Nacht.

„Christian,“ begann Sarah nach einer Weile — „hast du noch eine Erinnerung davon, wie deine Mutter ausgesehen hat?“

„Nein!“

„Was meinst du, wenn deine Mutter heute noch lebte, und du kämest zu ihr, wie du zu mir gekommen bist, und sagtest ihr, was du zu mir gesagt hast — ich meine das mit Lea —, was für eine Antwort möchte sie dir geben? Antworte mir nicht gleich und denke nach.“

„Ich weiß nicht, Mutter.“

„So will ich dir es sagen, Christian! Deine Mutter hätte nur einen Wunsch, und der wäre, du möchtest einen Stein an deinen Hals binden und dich damit in die See werfen, da, bei den Ziegelgülden, wo sie am tiefsten ist.“

Christian stieß zwei Namen hervor, die den Inbegriff des Heiligsten für ihn, des Gottesohnes und seiner Mutter, bildeten. „An dem Schreien, mit dem du diesen Ausruf tußt,“ sagte Sarah, „siehe ich erst, wie recht ich habe. Deine eigene Mutter, Christian, hätte dir keine andere Antwort gegeben.“

Sie legte die Hand auf die Schulter Christians und fuhr in milder, fast geküßelter Rede fort:

„Christian! mein guter Sohn, du mußt auf und davon, und mußt viele, viele Meilen wandern, bis ein so weites und großes Land ist zwischen dir und uns, daß auch nicht ein Laut von uns zu dir kommt, oder von dir zu uns. Du mußt wandern und wandern und darfst dich niemals umsehen und keinen Augenblick Raft halten. Dann wird dir wohl werden — und auch uns — du mußt fort, mein Sohn Christian!“

„Ich kann nicht, Mutter!“ rief Christian, „ich werde es nicht tun!“ Zum zweitenmale lasse ich mich aus deinem Hause nicht jagen.“

„Sprichst du so mit deiner Mutter, Christian?“ Und nach einer längeren Weile sagte Sarah:

„Es ist mir noch ganz gut erinnerlich, als wenn es erst heute geschehen wäre. Als Kinder seid ihr einmal unter demselben Baume gesessen, unter welchem wir jetzt sitzen. Du, Christian, hast aus einem kleinen Schulbüchlein gelernt, und Lea hat auf einer Schiefertafel etwas geschrieben, ich aber, ich habe euch durch das Schieferblech lauscht. Da hat Lea ihre Schiefertafel zerbrochen, und wie sie geweint hat, hast du sie getröstet und gemeint, die Tafel läßt sich wieder ganz machen, wenn erst der Drahtbinder kommt. Lea aber hat ausgerufen: „Was zerbrochen ist, ist zerbrochen!“ — hörst du mir gut zu, Lea?“

„Ja, Mutter!“ tönte es leise zurück.

„Was zerbrochen ist, ist zerbrochen, das sage ich euch,“ fuhr Sarah fort. „Es läßt sich nicht mehr ganz machen, und der Bruch ist auch nachher zu sehen. Warum habe ich mir das, was Lea damals gesprochen hat, so deutlich gemerkt, und vieles andere ist mir entgangen? Ich will dir das erklären, Christian. So finst du, daß die ganze Sache war, so liegt doch darin ein starker Sinn, und den müssen wir beide uns merken. Was du glaubst, Christian, und das, was ich glaube, ich meine das, wie man es mit Gott dem Allmächtigen im Himmel hält, das sind auch zwei zerbrochene Tafeln, zwei Stücke von einer, die einmal ganz gewesen ist. Wer sie zerbrochen? und ob es gut war, sie zu zerbrechen? Das kann ich nicht entscheiden, dafür bin ich ein zu unbedeutender Mensch. Genug an dem, mein guter Christian, seitdem die alte Tafel zerbrochen ist, ist viel Streit und Herzbrechen in der Welt, jeder hält an seinem Teile fest, und darüber sind Hunderte und Tausende von Jahren schon hingegangen. Auf jedes der zwei Stücke hat aber Gott etwas geschrieben, und daran hält ein jeder fest, und nur Gott der Allmächtige allein ist imstande, die zerbrochene Tafel wieder so ganz zu machen, daß, was auf dem einen Stücke geschrieben steht, zu demjenigen paßt, was auf dem anderen geschrieben steht. — Den Tag, wo das geschieht, den werden wir nicht erleben, nicht ich, nicht du, Christian. Willst du aber wissen, was in unserer heiligen Schrift steht? Täglich beken wir: „Gott wird Herr sein über die ganze Erde, an dem Tage ist Gott der Einzige und sein Name — der Einzige!“ Aber für jetzt ist die Tafel zerbrochen . . .“

(Schluß folgt.)

wie die Quote der eigentlichen Zementfabrik in Lüneburg, welche infolge des Kohlenmangels und des Brandes, der die Ofenhalle zerstört hat, die Zementfabrikation bereits seit geraumer Zeit eingestellt hat. Es ist in Aussicht genommen, den Betrieb der nicht mehr zeitgemäßen Zementfabrik einzustellen und die Zementfabrikation als solche nach Lübeck zu verlegen. Es steht zu hoffen, daß durch die von Lübeck zu zahlende Nachsumme mit der Zeit eine Tilgung der Unterbilanz Lüneburgs und die Wiederaufnahme einer beschriebenen Dinstube ermöglicht wird.

Genossenschaftsregister. Eingetragen wurde die Firma: Häute- und Felle-Verwertung, eingetragene Genossenschaft, mit beschränkter Haftpflicht, Lübeck. Gegenstand des Unternehmens ist die Verwertung aller beim Schlachten anfallenden Häute und Felle, sowie der Ein- und Verkauf von Häuten und Fellen von Nichtmitgliedern. Der Vorstand besteht aus Oskar Keil, Christian Sehl, Schlachtermeister, Hans Bloch, Engroschlachter, sämtlich in Lübeck.

Angrenzende Gebiete.

Hamburg. Zur Wahl der Betriebsräte. In der Versammlung des Gewerkschaftsrates wurde folgende Entschliessung angenommen: „Die Versammlung der Gewerkschaftsvorstände, Ortsverwaltungen, Gruppenräte und Wirtschaftsrat der Betriebsräte beschließt, die Wahl der Betriebsräte auf gewerkschaftlicher, wirtschaftlicher Grundlage unter Ausschaltung aller politischen Tendenzen zur Durchführung zu bringen. Wo die Möglichkeit besteht, sollen einheitliche Listen aufgestellt werden, damit eine Zersplitterung der gewerkschaftlichen Stimmen vermieden wird. Als Grundbedingung für die Aufstellung der Kandidaten kann nur die Berufs- und organisatorische Tüchtigkeit derselben maßgebend sein.“

Hamburg. Keine Kartoffeln mehr. In der Bürgerchaft kam es über die Kartoffeln zu lebhaften Auseinandersetzungen, bei denen die U. S. P. alle Schuld der Regierung zuschob. Hamburg ist nämlich jetzt soweit, daß nächste Woche alle Lager geräumt sind und keine Kartoffeln mehr verteilt werden können. In den letzten Wochen gab es überhaupt nur 1 Pfund. Hamburg hat es bisher abgelehnt, durch unzulässige Maßnahmen die Aufrechterhaltung der Zwangsmittelhaft zu erschweren. In Lieferungen reistieren Hannover mit 430 000, Mecklenburg mit 230 000, Brandenburg mit 240 000, Pommern mit 110 000, Dänemark mit 20 000 Zentnern. Pommern gleich 51 Prozent, Brandenburg 71 Prozent des Salts. Vom Unterstaatssekretär Peters bei mündlichen Verhandlungen in Aussicht gestellter Kartoffelerlös ist nur zum geringsten Teile angeliefert, so daß auch die Brotversorgung Hamburgs in Mitleidenschaft gezogen ist. Die Stimmung und Ernährungsfrage der Hamburger Bevölkerung sind niederdrückend.

Riel. Drohender Landarbeiterstreik. Kürzlich fand hier eine Verhandlung zwischen dem landwirtschaftlichen Arbeitgeberverband und der Gauleitung des Deutschen Landarbeiterverbandes zwecks Gewährung einer Leuerungszulage statt. Trotzdem die Arbeitgeber nicht beitreten konnten, daß die Löhne der Landarbeiter erhöht werden müßten, lehnten sie jedoch den Antrag der Gauleitung einstimmig ab mit der Begründung, bei den bisherigen Preisen für ihre Produkte nicht mehr zahlen zu können. Das einzige Zugeständnis, das gemacht wurde, ging dahin, daß die neuen Tarife, die laut Bestimmung erst zum 1. Mai in Kraft treten, schon vom 1. April 1920 ab Wirkung haben sollen. Die Arbeiterchaft, die von neuem sehen muß, daß die Preise für die landwirtschaftlichen Produkte wiederum bedeutend erhöht sind, ist aufs höchste erregt und schon teilweise auf Grund des unverständlichen Verhaltens der Arbeitgeber in den Streik getreten. Die Gauleitung ist fortgesetzt bemüht, das Schlimmste abzumenden, um die wirtschaftliche Not durch einen Landarbeiterstreik nicht noch zu vergrößern. Aber auch in diesem Falle gilt das alte Sprichwort: Not kennt kein Gebot.

Hlensburg. Auch eine Wälukspekulation. In letzter Zeit wird hier die Wahrnehmung gemacht, daß Arbeiter, insbesondere Werftarbeiter, nach Dänemark gegangen sind. Von dänischer Seite wird dieser Umstand natürlich nach Kräften ausgeschlachtet mit dem Hinweis darauf, daß ja in Dänemark die Arbeitsbedingungen besser wären. Mit dieser Ansicht sind die Arbeiter aber — wie sie selbst im stillen zugeben werden — gründlich auf dem Holzwege. Aus Sympathie für Dänemark erfolgt diese an sich geringfügige und vorübergehende Abwanderung sicher nicht. Des Pudels Kern ist in der Wälukspekulation zu suchen. Der Arbeiter geht nach Dänemark, verdient sein Geld und schickt den größten Teil seines Verdienstes in die Heimat, wo sich die Kronensumme beim Umwechseln mit einem Schläge vergrößert. Also eine reine Wälukspekulation. Der Hlensburger Arbeiter wird sich deswegen hüten, dänisch zu stimmen, denn was würde dann aus seiner schönen Wälukspekulation? Von Hamburger Arbeitern wird übrigens ebenfalls bekannt, daß sie vielfach den Wälukspekulation derart zuwenden. Man sieht, mit dänischen Sympathien hat das nichts zu tun.

Bremen. Unionistische Kampfmethoden. Als Anfang Januar die Belegschaft der U. S. P. „Weiser“ wegen Kohlenmangels aussetzen mußte, saßen die Kesselschmiede den Beschäftigten der Firma Vaset zu. Dieser Entschluß wurde ihnen um so leichter, weil die Nachfrage nach Kesselschmiedearbeit groß war und überall höhere Löhne gezahlt wurden als bei der U. S. P. „Weiser“. Die Unternehmer, weit besser organisiert als die Arbeiter, parieren den Schlag dadurch, daß sie die Betriebe sperren und die Kesselschmiede um ihre Freizügigkeit brüllten. Nur ein geringer

Teil wurde durch die Sperre nicht erfasst. Jetzt zeigte sich aber bald, daß diejenigen Arbeiter, die aus Verärgerung aus dem Deutschen Metallarbeiter-Verband ausgetreten und sich der Union zugewandt hatten, völlig hilflos waren. Die Union war nicht in der Lage, bei dem geringen Beitrag von 50 Pf. den gemäßigten Kesselschmieden eine Unterstützung zu zahlen. Wohl oder übel mußten jetzt die Unionisten den Arbeiterrat der U. S. P. „Weiser“ um Vermittelung mit der Direktion ersuchen. Während der Verhandlung erlitt die Taktik der Unionisten eine geradezu katastrophale Niederlage. Durch ihre völlige Mittellosgkeit mußten sie sich so erniedrigen, daß sie die Direktion um Gewährung eines Vorstufes von 150 Mk. baten. Daß die Direktion diesen reinigen Schiedern die Bitte gewährte, macht die Sache nicht besser. Jeder klassenbewußte Arbeiter wird fühlen, wieviel sich die Kesselschmiede durch diesen Kassensatz vergeblich haben. Es ist nur zu bedauern, daß das entschlossene Vorgehen der Kesselschmiede durch die Zersplitterung der Arbeiter ein so klägliches Ende nehmen mußte.

Bremen. Der frühere Reichstagsabgeordnete Hermann, Mitglied der Bremer Nationalversammlung, ist im 57. Lebensjahre an der Grippe gestorben.

Aus dem Parteileben.

Sozialistisches Parteiquartett. In Regensburg ist der Versuch einer neuen sozialistischen Parteigründung gemacht worden. Sie nennt sich „Partei Vereinigter Sozialisten Deutschlands“ und würde, wenn sie sich als lebensfähig erweise, die vierte sozialistische Richtung in Deutschland darstellen. Die Gründungsversammlung hat ein Programm angenommen, das für die nächsten drei Jahre das Wahlrecht, Bildung einer Rätekammer als zweiter Kammer und „sofortige Vergeßenschaft aller Produktionsmittel auf genossenschaftlicher Grundlage“ fordert. Jede Koalition mit bürgerlichen Parteien wird abgelehnt.

Diesem „süddeutschen Sozialistentag“ soll ein „norddeutscher“ folgen, der in Berlin am 22. und 23. Februar stattfinden soll. Die Gründer, soweit sie bekannt sind, entbehren in der Arbeiterbewegung der Autorität, die erstlich für eine Einigungspolitik wirken könnte, auch spricht ihr Programm von keiner großen Erfahrung. Vereinsmeyer führt nicht zur Einigung, sondern nur zu noch immer weiterer Zersplitterung.

Der zweite deutsche Sozialistentag. Die Zentralstelle für Einigung der Sozialdemokratie hat ihren zum 21. Februar festgesetzten zweiten deutschen Sozialistentag auf den 7. und 8. März verschoben. Die Tagung wird sich auch mit der Gründung der neuen Partei, die von süddeutschen Sozialisten propagiert worden ist, befassen. Die Parteivorstände sämtlicher sozialistischer Parteien sollen erucht werden, sich auf der Tagung vertreten zu lassen.

Arbeiterbewegung.

Fortsetzung des Streiks in der Solinger Stahlwarenindustrie. Die drei Arbeitnehmerverbände der Solinger Stahlwarenindustrie haben beschlossen, den Streik fortzusetzen, da gegen denjenigen Arbeiter zu gestatten, wieder zu arbeiten, denen die Unternehmer den für den Kollektivvertrag verlangten weiteren Lohnzuschlag von 35 % oder einen Leuerungszuschlag von 200 % auf die Preisverzeichnisse gewähren. Von den Arbeitgebern ist eine Abordnung zur Regierung nach Düsseldorf entsandt worden, um gegen die Verpflegung der Streikenden auf städtische Kosten Beschwerde einzureichen.

Ein neuer Streik in Bitterfeld. Die Arbeiter des Großkraftwerks Schönowitz bei Golpa traten wegen nicht bewilligter Lohnforderungen in den Ausstand. Da durch die Stilllegung dieses Werkes die Stromversorgung Berlins sowie der umliegenden mitteleuropäischen Industriegebiete gefährdet ist, wurde die Technische Nothilfe in Berlin und Halle alarmiert, um den Betrieb aufrecht zu erhalten.

Reich und Ausland.

Leichenverbrennung in der Wälschke. In Berlin, im Hause Siraauer Allee 29a, hat die Wälschkewitwe Ottilie Flämer in Gemeinschaft mit ihrer 18jährigen Tochter die Leiche einer einjam verstorbenen 70 Jahre alten Witwe Emilie Tiller, die mit ihr auf gleichem Platz wohnte, in der Wälschke verbrannt, um sich in den Besitz ihrer Hinterlassenschaft zu setzen. Ob Frau Tiller wirklich eines natürlichen Todes gestorben oder vielleicht erstickt worden ist, bedarf noch der Aufklärung.

Ein ganzes Lorlager gestohlen. Die Stadt Spandau hatte im Herbst mit der Ausbeute von Lor in der Döberitzer Heerstraße begonnen und den nassen Lor zum Trocknen aufgehäuft. Jetzt, da die Bräuterei verkauft werden sollten, waren sie nicht mehr vorhanden. Straßenanwohner sowohl wie Leute aus Berlin hatten einfach den ganzen Lor geholt. Insbesondere sind aus Berlin des Nachts von Fuhrwerken große Mengen weggebracht worden.

Raubmord. Die 16jährige Tochter des Kaufmanns Devantier in Posen ist, während ihre Eltern in Berlin zum Besuch weilten, ermordet worden. Aus der Wohnung sind Wertgegenstände im Wert von 50 000 Mark geraubt worden. Der Tat verdächtig sind das Dienstmädchen Pimlat, das bei den Eltern der Ermordeten in Stellung war, und ihr geschlichter Liebhaber, ein 35jähriger Soldat.

Den Zwillingenbrüder erschossen. Wegen einer Erbschaftsangelegenheit gerieten die in Feindschaft lebenden Zwillingenbrüder Lorenz und Michael Schießel in Neudöring (Bayern) in einen heftigen Streit, in dessen Verlauf Michael auf seinen Bruder Lorenz mit einem Gummiknüppel losging, worauf Lorenz zum Revolver griff und Michael erschoss.

Verurteilte Schwarzschießer. Das Nachergericht in München verurteilte in einem neuen großen Schwarzschießerprozess elf Angeklagte zu empfindlichen Gefängnis- und Geldstrafen, darunter den Hauptangeklagten Stumbeck zu einem Jahr Gefängnis und 10 000 Mark Geldstrafe.

Glücklicher Stadtrat. Der Stadtrat und frühere Arbeiterratsvorsitzende Leising in Führen (Bayern) war nach Unterschlagung und Urkundenfälschung geflüchtet, ist jedoch inzwischen in Rempten verhaftet worden.

Der Radiumbesitz der Tschechoslowakei. Nach einer Mitteilung des tschechischen Arbeitsministers besitzt die Tschechoslowakei Respublik gegenwärtig 2 Gramm Radium, die bei einem Preise von 10 000 Kronen für ein Milligramm Radium einen Wert von 20 Millionen Kronen besitzen. Die Tschechoslowakei verfügt somit über den größten Radiumvorrat in der ganzen Welt.

Berichtsaal.

Aus Braunschweiger Revolutionstagen. Vor der ersten Strafkammer in Braunschweig wurde Mittwoch gegen den früheren Führer und jetzigen Invaliden Emil Schick, jetzt in Berlin wohnhaft, wegen Freiheitsberaubung und Verletzung des Telegraphengeheimnisses verhandelt. Schick war nach der Revolution zum Vorsitzenden des Braunschweiger Arbeiter- und Soldatenrates gewählt worden, früher war er in Posen Journalist. Seine Vergangenheit ist eine recht bewegte, außer einer Geldstrafe, zu der er vom Landgericht Posen wegen Beleidigung verurteilt worden ist, hat er eine ganze Reihe von Strafen wegen Betruges, Unterschlagung und Urkundenfälschung erlitten, die sich insgesamt auf über 10 Monate belaufen und von den Gerichten in Posen, Spandau, Berlin, Hamburg, Osnabrück und Charlottenburg verhängt wurden. In dem jetzt vorliegenden Falle hat Schick am 26. Januar 1919 den vom Reichsdemobilisationsamt nach Braunschweig entsandten Dr. Koss, der die Aufgabe hatte, durch die Presse aufklären über die wirtschaftliche Lage zu wirken, unter der Beschuldigung, daß er ein „Spion“ gegen die Braunschweiger Regierung sei, verhaften lassen. Außerdem soll Schick ein an Dr. Koss gerichtetes Telegramm des Reichsdemobilisationsamtes geöffnet und von dem Inhalt Kenntnis genommen haben. Das Gericht sah indessen die letzte Beschuldigung nicht für erwiesen an. Dagegen war die Strafkammer der Ansicht, daß Schick auch als Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrates nicht das Recht hatte, Dr. Koss in Haft zu nehmen, zumal er über den Zweck der Anwesenheit des Dr. Koss aufzuklären worden war. Das Urteil lautete auf 300 Mark Geldstrafe oder 20 Tage Gefängnis. Wegen Krankheit und schlechter Bahnverbindung war Schick vom Erscheinen zu der Verhandlung entbunden worden.

Welt und Wissen.

Die Millionenstädte. Nach dem „Erdhüchlein für 1920“ gibt es gegenwärtig 17 Städte, deren Einwohnerzahl die Million erreicht oder überschritten hat. Während bisher London an der Spitze stand, ist es jetzt von Neuport überflügelt worden. Die Einwohnerzahl von London ist von 7 251 358 im Jahre 1911 auf 6 726 753 im Jahre 1917 zurückgegangen. Die Reihenfolge ist jetzt die nachstehende:

Neuport	7,50 Millionen	Daka	1,46 Millionen
London	6,72 „	Moskau	1,35 „
Paris	4,15 „	Kanton	1,25 „
Berlin	3,80 „	Kalkutta	1,22 „
Chicago	2,54 „	Konstantinopel	1,20 „
Tokio	2,24 „	Rio de Janeiro	1,15 „
Wien	2,00 „	Budapest	1,10 „
Philadelphia	1,73 „	Bombay	1,00 „
Buenos-Aires	1,58 „		

Petersburg, das früher 2,31 Millionen zählte, ist aus der Reihe der Millionenstädte ausgeschieden, da die Bevölkerung jetzt nur noch auf 1/2 Million gesunken ist. Andererseits lassen sich genaue Zahlen über die chinesischen Millionenstädte nicht angeben. Unter Berlin ist natürlich Groß-Berlin zu verstehen, ebenso bei Paris, London usw.

Vermischtes.

Wo regnet es am meisten? Als die regenreichsten Punkte der Erde galten bisher Tscherrapundji in Assam mit einem Jahresniederschlag von 11 626 mm und Diubudja an der Kamerunküste mit 10 469 mm. Nach neuen Messungen werden sie dem „Erdhüchlein“ zufolge durch die Spitze des 1738 Meter hohen Waialeale-Berges auf der Insel Kauai (Hawaii) übertroffen, der 12 500 mm aufweist.

Druckfaden jeder Art für Beamte, Handwerker und Gewerbetreibende werden sauber und pünktlich ausgeführt in der Buchdruckerei des „Lübecker Volksboten“, Johannisstr. 46.

Sozialdem. Verein
Schwartau-Rensfeld.
Am Dienstag verstarb unser Genosse
Gustav Schewe.
Seine letzten Absichten.
Die Beerdigung findet am Sonnabend, dem 21. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Kapelle des Kriegervereins Friedhofes aus statt. (18252)

Gefecht ein Lanjunge.
Zu melden von 9-12 Uhr.
Erst West, Amst. 53, II. r.

Schwarzer Juckman, 49.
Schwarzer Hut, 2 Runderbügel u. 1 Paar Schuhe, Größe 42 zu verkaufen. (18253) Amst. 121, I. k. r.

Gut erhalt. Wehrtaugung.
schl. milit. Fg., zu verkaufen. (18253) Brühlstr. 19, I.

Großer Suppenwagen zu verkaufen. (18250) Kleine Grödelstraße 12, I.

Dr. hül. Rinderentziffer.
in Pränze billig zu verkaufen. (18250) Grödelstr. 58 a. St.

Adressbuch 1919
zu verkaufen. (18248) Breite Straße 24, I.

Zu verkaufen ein Silber.
Zuchthahn. (18260) Danzigerstraße 43, varr.

1 Zuchthahn (Gamer-Gold)
zu verkaufen. (18253) Sülla, Adlerstraße 48, Orth.

Billing zu verkaufen, graues
Damen-Jacke, ein alteses
Häutchen, ein alteses
Häutchen. (18264) Segebergstr. 20, I.

Eine tragende Ziege zu
verkaufen. (18255) J. Intzen, Bornel.

Zu kaufen gesucht Klapp-
schiffswagen u. Borden und
1 Kinderwagen, auch in Pränze.
ang. (18253) Brühlstr. 141

Zu kaufen ges. 1 Schiffe-
wagen u. Borden. Dr. un.
G. A. an d. Grd. (18251)

Saubere Garten- u. Do-
men-Plastenanlagen billig
zu verkaufen. (18251) Grödelstr. 41, II.

Prima-Wechsel
in Block.
Zu beziehen
Friedr. Meyer & Co.,

Achtung!
Zahle für Hausstands-
lampen 60 Pf. aufwärts
pro Stück, altes Eisen,
Metalle zu den höchsten
Zagepreisen. (18258)

J. Schröder
Lützowstraße 17 a.
Wieder vorrätig:
Betriebsrätegesetz.
Zerkaufgabe.
Nr. 1.65. 12544
Buchhandlung
Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstr. 46.

Die Unterbilanz
des ersten
Revolutionjahres
Von J. Kalkski.
Sonderheft des „Stra-
sozialistische Rundschau“ über
das politische, wirtschaftliche
und kulturelle Leben.
Preis 1.- Mk.
Buchhandlung
J. Meyer & Co.

Der gute Name eines reellen
Geschäfts

prägt sich dem Leser am besten dann
ein, wenn **fortlaufend** im
„Lübecker Volksboten“ inseriert wird.

Diese
Inserate haben durchschlagenden Erfolg!

Neu! Neu!
Der
Kleine Roman
Wöchentlich
ein abgeschlossenes, illust.
Heft mit farbigen Titelblatt
Wierteljährlich 6 Mk.
Einzelheft 50 Pf.

Nr. 1 Frank Wedekind:
„Marianne“.

Nr. 2 Heiner Mann:
„Schauspielerin“.

Nr. 3 Freiherr von Gaudy:
„Aus dem Tagebuch
eines wandernden
Schneidergesellen“.

Nr. 4 Carl Bülcke:
„Die süße Lilly“.

Nr. 5 J. F. Perkonig:
„Die Versuchungen
des Herrn Helland“.

Nr. 6 Bruno Frank:
„Ein Abenteuer im
Venedig“.

Buchhandlung
Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.